

PIRATENPARTEI OLDENBURG

Kommunalwahlprogramm 2026

zur Oberbürgermeister- und Stadtratswahl in Oldenburg

**Transparenz beginnt nicht im Wahlkampf,
sondern im Alltag – bei Verträgen, Kosten,
Zuständigkeiten und offenen Daten.**

Wir machen sichtbar, was andere oft erst erklären, wenn es zu spät ist.

Wer Transparenz will, wählt das Original:

PIRATEN

Zeit für den Wechsel.

Veränderung beginnt vor der Haustür.

WOFÜR DIESES PROGRAMM STEHT - Oldenburg in 90 Sekunden

Dieses Programm ist ein Angebot an alle, die wollen, dass Oldenburg im Alltag besser funktioniert: schneller, verständlicher, sozialer, grüner und ehrlicher im Umgang mit Geld, Flächen und Entscheidungen.

Oldenburg scheitert nicht an fehlenden Ideen. Oldenburg scheitert zu oft an langsamer Umsetzung, unklarer Verantwortung und einer Politik, die vor der Wahl anders klingt, als sie nach der Wahl handelt.

Bürgerinnen und Bürger merken das ganz konkret: bei Terminen im Bürgerbüro, bei Kita- und Schulfragen, beim Wohnen und bei Sozialquoten, im Verkehr, in der Innenstadt, bei steigenden Kosten, bei Stadtbäumen, Bauprojekten und Beschlüssen, die sich erst nach langem Suchen erklären.

Die Piraten stehen für eine einfache Haltung:

Wer öffentliche Macht ausübt, muss öffentlich erklären, was entschieden wird, was es kostet, wer verantwortlich ist und woran Fortschritt gemessen wird.

Transparenz ist für uns kein Zusatz. Sie ist die Voraussetzung für Vertrauen.

Aus Bürgerrechten wird Schutz vor pauschaler Überwachung. Aus offenen Daten wird ein öffentliches Projekt- und Kostenradar.

Aus digitaler Souveränität wird eine Verwaltung, die sichere, nachvollziehbare und unabhängige Lösungen prüft. Aus sozialer Teilhabe wird eine Stadt, in der Hilfe erreichbar ist, bevor Probleme größer werden.

Aus Nachhaltigkeit wird konkrete Vorsorge: mehr Schatten, mehr Wasseraufnahme, mehr Schutz für Bäume, Flächen und Lebensräume.

Wir wollen Oldenburg digitaler machen, ohne den persönlichen Zugang abzubauen.

Sicherer, ohne Grundrechte reflexhaft einzuschränken. Sozialer, ohne Hilfe hinter Formularen zu verstecken. Ökologischer, ohne Natur erst dann wichtig zu finden, wenn sie verschwunden ist. Finanziell solider, ohne bei Kindern, Bildung, Pflege, Kultur und Teilhabe zuerst den Rotstift anzusetzen.

Unsere Politik beginnt nicht im Parteibüro, sondern vor der Haustür: bei sicheren Schulwegen, funktionierender Schul- und Verwaltungs-IT, bezahlbarem Wohnen, fairer Mobilität, einer lebendigen Innenstadt, starken Stadtteilen, weniger Bürokratie für

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Handwerk, Vereine und Kultur - und bei einer Verwaltung, die Menschen nicht weiterleitet, sondern hilft.

Andere entdecken Transparenz im Wahlkampf. Bei uns ist es Arbeitsweise.

Deshalb ist dieses Programm kein Katalog schöner Absichten. Es ist ein Arbeitsplan für Oldenburg:

Wir benennen Ziele.

Wir benennen Zuständigkeiten.

Wir benennen Zeitrahmen.

Wir machen Fortschritt überprüfbar.

Wir berichten öffentlich, was beantragt, beschlossen, verändert, blockiert und erreicht wurde.

Unser Maßstab ist nicht, ob ein Satz gut klingt. Unser Maßstab ist, ob Oldenburg nachweisbar besser funktioniert.

Weniger Gegeneinander. Mehr Wirkung.

Weniger Ausreden. Mehr Transparenz.

Weniger Symbolpolitik. Mehr Alltag.

Dafür treten wir an. Für ein Oldenburg, das nicht nur gute Konzepte hat, sondern endlich sichtbar besser wird.

Inhaltsverzeichnis

1. VORWORT	5
2. WAS UNS UNTERSCHIEDET: WIR MACHEN TRANSPARENZ ZUR PFLICHT	8
3. UNSERE ACHT VERSPRECHEN FÜR OLDENBURG	10
4. LAGEBILD: GUTE IDEEN REICHEN NICHT, WENN UMSETZUNG FEHLT	16
5. WIE WIR UMSETZEN: DAMIT AUS WORTEN WIRKUNG WIRD	22
6. THEMEN: DIE BAUSTELLEN DES ALLTAGS - UND UNSERE LÖSUNGEN	25
7. 100-TAGE-PLAN: VON 0 AUF 100 – NICHT REDEN SONDERN MACHEN!	51
8. DIE ERSTEN ZWEI JAHRE: FORTSCHRITT DEN MAN SIEHT	57
9. OLDENBURG 2030 – EINE STADT DIE FUNKTIONIERT	63
10. UNSER ANGEBOT AN OLDENBURG	67

1. Vorwort

Liebe Oldenburgerinnen und Oldenburger,

Oldenburg kann mehr.

Mehr Tempo in der Verwaltung. Mehr Transparenz bei Entscheidungen. Mehr Fairness im Verkehr. Mehr Schutz vor steigenden Kosten. Mehr Nähe zwischen Politik und den Menschen, die hier leben, arbeiten, lernen, pflegen, gründen, einkaufen oder einfach gut durch ihren Alltag kommen wollen.

Wir treten an, weil Kommunalpolitik verständlicher, überprüfbarer und wirksamer werden muss. Nicht jedes Problem lässt sich sofort lösen. Aber jedes Problem muss ehrlich benannt werden.

Wer öffentliches Geld ausgibt, muss erklären, wofür. Wer Digitalisierung verspricht, darf nicht nur Papierformulare als PDF ins Internet stellen. Wer Bürgernähe sagt, muss erreichbar sein. Und wer soziale Politik verspricht, muss sie auch dann verteidigen, wenn es konkret wird: beim bezahlbaren Wohnen, bei Gebühren, bei Teilhabe, bei Sozialquoten und im direkten Kontakt mit den Menschen.

Politik die im Wahlkampf Nähe verspricht und nach der Wahl auf Distanz geht ist nicht tragbar. Bürgerinnen und Bürger, die Fragen stellen, sind kein Störfaktor. Sie sind der Grund, warum es Demokratie gibt.

Wer sich an die Stadt wendet, verdient Respekt, klare Antworten und verständliche Wege - keine Belehrung von oben herab und kein Weiterreichen von Stelle zu Stelle.

Die Piratenpartei steht in Oldenburg für eine Politik, die vom Alltag ausgeht. Für uns zählt nicht, welches politische Lager sich durchsetzt. Für uns zählt, ob Oldenburg besser funktioniert: ob Menschen schneller einen Termin bekommen, ob Kinder sicher zur Schule kommen, ob Wohnen bezahlbar ist, ob Rad, Auto, Bus und Fußverkehr weniger gegeneinander ausgespielt werden und ob Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, was die Stadt entscheidet.

Unser 1. Vorstand Justin Ritter steht für diese Haltung. Er ist 26 Jahre alt, Informationssicherheitsbeauftragter, selbstständig und kennt Digitalisierung nicht als Schlagwort, sondern als praktische Aufgabe. Aus IT, Prozessautomatisierung, Open Source Entwicklung, Beratung und direkter Hilfe für Menschen weiß er: Technik ist nur dann Fortschritt, wenn sie den Alltag einfacher macht. Gute Digitalisierung ersetzt keine Menschlichkeit. Sie schafft Zeit für sie.

Denn technische Probleme sind längst soziale Probleme. Wenn ein digitales Formular unverständlich ist, wenn Zuständigkeiten unklar bleiben, wenn Menschen keinen Zugang finden oder wenn Hilfe nur noch online erreichbar scheint, entscheidet Technik über Teilhabe. Deshalb beginnt unsere Politik dort, wo Menschen tatsächlich Unterstützung

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

brauchen: bei verständlicher Sprache, sicheren Systemen, klaren Abläufen und persönlicher Erreichbarkeit für alle, die sie benötigen.

Politik ist nicht nur im Ratssaal relevant. Sie entscheidet jeden Tag darüber, ob Menschen Zeit, Geduld oder Vertrauen verlieren.

Wer von Amt zu Amt geschickt wird, wer Projektkosten erst versteht, wenn sie aus dem Ruder laufen, wer Beteiligung erst erlebt, wenn alles entschieden ist, erlebt Kommunalpolitik ganz konkret.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der Verwaltung nicht abschreckt, sondern hilft - und in der politische Entscheidungen nicht erklärt werden müssen, weil sie von Anfang an nachvollziehbar sind.

Wir wollen keine Stadt, in der Menschen gegeneinander gestellt werden: Autofahrende gegen Radfahrende, Jung gegen Alt, digital gegen analog, Innenstadt gegen Stadtteile, Sparsamkeit gegen Soziales, Wirtschaft gegen Naturschutz. Diese Gegensätze lösen keine Probleme. Sie schaffen Fronten, lähmen Entscheidungen und verdecken Verantwortung.

Oldenburg braucht einen anderen Stil: offen, sachlich, verbindlich und überprüfbar. Eine Stadt kann bezahlbaren Wohnraum schaffen, ohne soziale Standards wegzudrücken. Sie kann Verkehr neu ordnen, ohne Menschen mit schlechter Anbindung weiter zu bestrafen. Sie kann Wirtschaft und Handwerk stärken, ohne Natur als Restfläche zu behandeln. Sie kann Sicherheit ernst nehmen, ohne Grundrechte reflexhaft einzuschränken. Und sie kann sparen, ohne zuerst dort zu kürzen, wo Kinder, Bildung, Pflege, Kultur und Teilhabe auf Unterstützung angewiesen sind.

Dabei messen wir Glaubwürdigkeit nicht an Wahlplakaten, sondern an Entscheidungen. Wer Transparenz verspricht, muss Zahlen offenlegen. Wer Beteiligung lobt, muss Einwände aushalten. Wer soziale Verantwortung betont, muss Sozialquoten verteidigen, wenn es unbequem wird. Wer Naturschutz im Programm stehen hat, muss alte Bäume, wertvolle Flächen, Moore und Lebensräume schützen, bevor Gutachten nur noch begründen, was politisch längst gewollt war.

Ein PDF ist noch keine Digitalisierung. Ein Spatenstich ist noch keine Folgekostenrechnung. Ein Prüfauftrag ist noch keine Lösung. Und Bürgerbeteiligung ist keine Akzeptanzbeschaffung für Entscheidungen, die längst gefallen sind.

Unser Wahlprogramm ist deshalb kein Katalog schöner Absichten. Es ist ein Arbeitsauftrag: Verwaltung schneller und erreichbarer machen. Haushalt verständlich offenlegen. Mobilität fairer organisieren. Innenstadt und Stadtteile stärken. Bildung, Wohnen, Natur und Teilhabe zusammendenken. Handwerk, Vereine, Kultur und Ehrenamt entlasten. Digitale Souveränität, Informationssicherheit und offene Daten zur Grundlage moderner Stadtpolitik machen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Wir versprechen keine Wunder. Wir versprechen Arbeit, Offenheit und überprüfbare Ziele für Sie.

Wir wollen nicht nur sagen, was besser werden muss. Wir wollen öffentlich zeigen, was beantragt wurde, was erreicht wurde, was blockiert wurde, was es kostet und was als Nächstes kommt.

Unser Maßstab ist einfach: Oldenburg soll nicht nur gute Konzepte haben. Oldenburg soll sichtbar besser funktionieren.

Nach Jahren derselben Routinen machen wir Ihnen ein Angebot: eine Politik, die nicht zuerst fragt, wie man etwas bestmöglich verkauft, sondern wie man es bestmöglich für die Menschen macht.

Andere werben jetzt mit Transparenz. Doch Oldenburg hat zu oft erlebt, wie große Worte nach der Wahl klein werden - bei Naturschutz, Sozialquoten, Kosten und Verantwortung.

Auf den Transparenz-Zug springen wir nicht auf. Wir haben ihn gebaut: Transparenz ist für uns politische DNA - offenlegen, erklären, liefern und sich messen lassen. Wir haben schon Transparenz gefordert, als es noch nicht im Trend war.

2. Was uns unterscheidet: Wir machen Transparenz zur Pflicht

Oldenburg kennt nicht zu wenige Versprechen. Vor Wahlen versprechen viele Parteien mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Klimaschutz, mehr Bürgernähe, mehr Sicherheit, mehr Digitalisierung, mehr Wohnungsbau, Sozialgerechtigkeit und mehr Transparenz. Viele Parteien sprechen vor Wahlen von Aufbruch, Bürgernähe, Klimaschutz, Digitalisierung und Transparenz. Entscheidend ist aber nicht, wie ein Versprechen im Wahlkampf klingt. Entscheidend ist, ob es nach der Wahl noch gilt: bei Kostensteigerungen, strittigen Bauprojekten, Sozialquoten, Baumfällungen, Gutachten, Verzögerungen und eigenen Fehlern.

Das Problem ist nicht der Mangel an schönen Worten. Das Problem ist, dass nach der Wahl zu oft Verwaltungssprache daraus wird: Prüfauftrag, Zuständigkeit, Haushaltslage, später. Wer soziale Politik verspricht, muss sie auch dann verteidigen, wenn es konkret wird. Wer Transparenz verspricht, muss Zahlen offenlegen, wenn sie unbequem sind. Wer Bürgernähe verspricht, muss Fragen aushalten, bevor Entscheidungen praktisch gefallen sind.

Aus Beteiligung wird Akzeptanzbeschaffung. Aus Digitalisierung wird ein PDF. Aus Kostenkontrolle wird ein Nachtrag. Aus Transparenz wird ein Satz im Wahlprogramm.

Wir machen das anders.

Für uns ist Transparenz kein freundliches Extra. Sie ist die Grundlage demokratischer Kontrolle. Wer öffentlich entscheidet, muss öffentlich erklären, was entschieden wird, warum es entschieden wird, was es kostet, wer verantwortlich ist und woran Fortschritt gemessen wird.

Wenn jetzt viele von Transparenz sprechen, ist das zunächst gut. Oldenburg braucht mehr Offenheit. Der Unterschied ist aber, ob Transparenz nach der Wahl weiter gilt: bei teuren Projekten, bei unbequemen Zahlen, bei strittigen Bauvorhaben, bei Sozialquoten, bei Baumfällungen, bei Kostensteigerungen, bei Verzögerungen und bei eigenen Fehlern.

Transparenz zeigt sich nicht dort, wo sie gut klingt. Transparenz zeigt sich dort, wo sie unbequem wird.

Deshalb bekommt unsere Politik einen öffentlichen Arbeitsmodus. Jede größere Maßnahme braucht ein klares Ziel. Jede größere Ausgabe braucht eine nachvollziehbare Kosten- und Folgekostenbetrachtung. Jedes größere Projekt braucht einen verständlichen Status: beschlossen, geplant, verzögert, teurer geworden, blockiert oder umgesetzt. Jede

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Beteiligung braucht eine Rückmeldung: Was wurde übernommen? Was wurde abgelehnt? Warum wurde so entschieden?

Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nachfragen müssen, ob etwas passiert. Sie sollen es einfach sehen können.

Unsere Politik folgt deshalb fünf einfachen Regeln:

Erstens: Zuständigkeit benennen.

Wer ist verantwortlich? Rat, Verwaltung, Land, Bund, Region, städtische Gesellschaft oder externer Partner? Ohne klare Zuständigkeit wird jedes Problem zur Ausrede.

Zweitens: Kosten offenlegen.

Nicht nur Einstiegskosten zählen. Auch Betrieb, Personal, Wartung, Energie, Folgekosten, Risiken und Nachträge müssen vor Entscheidungen sichtbar werden.

Drittens: Fortschritt messbar machen.

Ein Ziel ohne messbaren Arbeitsplan ist kein Ziel, sondern ein Wunsch. Wir wollen öffentlich zeigen, was beantragt, beschlossen, begonnen, verzögert, verändert oder erreicht wurde.

Viertens: Beteiligung ernst nehmen.

Bürgerbeteiligung darf nicht erst beginnen, wenn die Richtung politisch längst feststeht. Wer Menschen beteiligt, muss ehrlich sagen, worüber noch entschieden werden kann - und was mit Einwänden passiert.

Bei besonders weitreichenden Projekten müssen Bürgerentscheide, verbindliche Beteiligungsformate oder andere direkte Mitwirkungsmöglichkeiten früh geprüft werden. Entscheidend ist: Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht erst beteiligt werden, wenn Kosten, Standort und Grundsatzentscheidung praktisch feststehen.

Fünftens: Fehler korrigieren.

Politik wird nicht glaubwürdiger, wenn sie Fehler versteckt. Sie wird glaubwürdiger, wenn sie sie offenlegt, korrigiert und daraus lernt.

Wir glauben nicht an Politik als Schaufenster. Wir glauben an Politik als nachvollziehbaren Arbeitsprozess.

Das ist der Unterschied: Wir wollen nicht nur bessere Überschriften produzieren. Wir wollen eine Stadt, in der Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, was Politik tut - mit ihrem Geld, mit ihrer Zeit, mit ihren Daten, mit ihren Straßen, ihren Schulen, ihren Grünflächen und ihrer Zukunft.

Oldenburg braucht keine Politik, die Transparenz verspricht, solange sie nützt, und relativiert, sobald sie stört.

Oldenburg braucht Politik, die sich überprüfen lässt.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

3. Unsere acht Versprechen für Oldenburg

Politik vom Alltag her - und mit offenem Maßstab

Wir machen Politik nicht für Überschriften, sondern für den Alltag der Menschen in Oldenburg.

Entscheidend ist für uns nicht, welches politische Lager am Ende behauptet, gewonnen zu haben. Entscheidend ist, ob Menschen schneller einen Termin bekommen, ob Kinder sicher zur Schule kommen, ob Wohnen bezahlbar bleibt, ob Wege durch die Stadt einfacher werden, ob Hilfe rechtzeitig ankommt und ob Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, wofür ihr Geld ausgegeben wird.

Oldenburg braucht Politik, die Probleme ehrlich benennt, Lösungen sichtbar macht und sich an Ergebnissen messen lässt.

Dafür stehen unsere acht Versprechen.

1. Eine Verwaltung, die erreichbar ist

Verwaltung ist kein Hindernisparcours. Sie ist öffentliche Dienstleistung.

Wir wollen Online-Anträge, klare Bearbeitungsstände, feste Rückmeldefristen und analoge Sprechzeiten, die zum Alltag der Menschen passen. Digitalisierung soll Wege vereinfachen, nicht den persönlichen Kontakt abschaffen. Wer Hilfe braucht, Fragen hat oder nicht digital arbeiten kann oder will, muss echte Ansprechpersonen erreichen können.

Unser Grundsatz lautet: digital, wenn es entlastet - persönlich, wenn Menschen Unterstützung brauchen.

2. Transparenz als Normalzustand

Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu verstehen, was entschieden wird, was es kostet, warum Projekte teurer werden und wer Verantwortung trägt.

Wir wollen Beschlüsse, Projektstände, Kostenentwicklungen, Verträge, Gutachten und relevante Daten verständlich öffentlich zugänglich machen, soweit Datenschutz, Persönlichkeitsrechte oder berechnigte Interessen Dritter nicht entgegenstehen. Transparenz darf nicht davon abhängen, ob gerade Wahlkampf ist. Sie muss Grundprinzip städtischen Handelns werden.

Niemand sollte Spezialwissen brauchen, um zu verstehen, was mit Oldenburg passiert.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

3. Solide Finanzen ohne Kahlschlag

Oldenburg muss mit seinem Geld verantwortungsvoll umgehen. Aber Verantwortung heißt nicht, bei Kindern, Bildung, Pflege, Kultur, Vereinen, Stadtteilen und sozialer Beratung zuerst den Rotstift anzusetzen. Eine Stadt spart sich nicht gesund, wenn sie genau dort kürzt, wo Zusammenhalt, Zukunft und Lebensqualität entstehen.

Wer solide Finanzen will, muss früher ehrlich rechnen: bei großen Bauprojekten, beim Stadion, bei Brücken, bei Schul- und Kitasanierungen, bei IT, Energie, Personal, Verkehr und dauerhaften Folgekosten. Oldenburg darf Kosten nicht erst dann ernst nehmen, wenn sie längst gestiegen sind und die Debatte nur noch lautet, wo gekürzt werden muss.

Wir wollen deshalb klare Kontrolle statt blinder Sparrunden: ein öffentliches Kostenradar, verbindliches Projektcontrolling, bessere Beschaffung, konsequente Fördermittelprüfung, weniger Doppelarbeit zwischen Stellen und eine ehrliche Prüfung laufender Aufgaben. Jeder Euro, der in Bürokratie, Fehlplanung, Nachträgen oder ineffizienten Strukturen verschwindet, fehlt dort, wo Menschen täglich auf eine funktionierende Stadt angewiesen sind.

Solide Finanzen heißen für uns: Kosten offenlegen, Risiken benennen, Folgekosten vor Beschlüssen sichtbar machen und Prioritäten miteinander setzen. Nicht die Schwächsten sollen für Haushaltsprobleme bezahlen - sondern schlechte Planung, intransparente Projekte und teure Routinen müssen endlich auf den Prüfstand.

Politik und Verwaltung müssen sich ebenfalls fragen, wo eingespart werden kann – vor allem durch Digitalisierung sowie bessere und für die Menschen einfachere Abläufe in der Verwaltung.

4. Mobilität ohne Lagerkrieg

Oldenburg ist Radstadt, Wohnort, Einkaufsstadt, Hochschulstandort, Arbeitsort und Anker für das Umland. Genau deshalb darf Mobilität hier nicht als Lagerkampf geführt werden.

Wir wollen Radwege so ausbauen, trennen und planen, dass Radfahrende sicherer und zügiger unterwegs sind - und dabei Autos, Busse, Lieferverkehr, Handwerk, Pflege und Einsatzfahrzeuge nicht unnötig ausbremsen. Gute Mobilität entsteht nicht dadurch, dass man Verkehrsteilnehmende gegeneinanderstellt. Sie entsteht, wenn Wege klarer, sicherer und verlässlicher werden.

Oldenburg braucht keine Verkehrspolitik, die auf Plakaten mutig klingt und an der nächsten Kreuzung scheitert. Wer Mobilität ernst meint, muss dort anfangen, wo Menschen täglich Zeit verlieren: auf Schulwegen, an gefährlichen Querungen, bei engen Radspuren, an Bushaltestellen, bei Baustellen, beim Parksuchverkehr, bei Lieferzonen und in schlecht angebundenen Stadtteilen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Unser Ziel ist eine Stadt der kurzen Wege. Alltag soll wieder näher rücken: Einkauf, Schule, Kita, Arztpraxis, Freizeitangebote, Grünflächen und Bus sollen so erreichbar sein, dass nicht jeder kleine Weg automatisch zur Autofahrt wird. Wer kurze Strecken bequem zu Fuß oder mit dem Rad erledigen kann, entlastet Straßen, spart Zeit und gewinnt Lebensqualität.

Das heißt nicht: Politik gegen das Auto. Es heißt: bessere Alternativen dort schaffen, wo sie funktionieren - und faire Lösungen für alle, die auf das Auto angewiesen sind. Menschen aus schlecht angebundenen Stadtteilen, Familien, ältere Menschen, Menschen mit Einschränkungen, Pflege, Handwerk, Lieferverkehr und Pendelnde dürfen nicht mit moralischen Vorwürfen abgespeist oder bestraft werden.

Wir wollen Oldenburg so organisieren, dass alle besser vorankommen: sicher mit dem Rad, verlässlich mit dem Bus, barrierearm zu Fuß, planbar mit dem Auto und ohne täglichen Streit um dieselben engen Flächen.

Mobilität ist für uns kein Kulturkampf. Mobilität ist Alltag. Und Alltagspolitik muss funktionieren.

5. Wohnen, Schule und Kita zusammen planen

Neue Quartiere brauchen mehr als Wohnungen. Sie brauchen sichere Schulwege, ausreichend Kita- und Schulplätze, Grünflächen, Nahversorgung, Spiel- und Begegnungsorte, Barrierefreiheit und eine gute Busanbindung.

Wer Wohnraum schafft, muss den Alltag mitplanen. Sonst entstehen keine lebendigen Nachbarschaften, sondern Schlafquartiere mit späteren Problemen.

Wir wollen Wohnungsbau beschleunigen, aber nicht blind. Bezahlbares Wohnen, Sozialquoten ohne spätere Senkung, Infrastruktur, Stadtgrün, Regenwasser, Schulentwicklung und Verkehr müssen zusammen gedacht werden - bevor Beschlüsse praktisch unumkehrbar sind.

6. Soziale Teilhabe ohne Hürden

Soziale Politik beginnt nicht bei Zuständigkeiten. Sie beginnt bei der Frage, ob Hilfe rechtzeitig ankommt.

Wer Unterstützung braucht, darf nicht erst verstehen müssen, welches Amt, welcher Träger, welches Formular oder welche Frist zuständig ist. Menschen in Belastungssituationen brauchen keine Verwaltungssuche. Sie brauchen klare Wege, verständliche Sprache und Ansprechpersonen, die weiterhelfen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Oldenburg hat viele soziale Angebote: Beratung, Träger, Stadtteilangebote, Hilfen für Familien, Pflegeberatung, Unterstützung bei Mietschulden, Angebote für Menschen mit wenig Geld, den Oldenburg-Pass und zahlreiche Initiativen. Das Problem ist nicht immer, dass es keine Hilfe gibt. Das Problem ist zu oft, dass Menschen sie zu spät finden, zu schwer verstehen oder auf dem Weg dorthin verloren gehen.

Eine Stadt, die sozial sein will, darf Hilfe nicht hinter Formularen, Öffnungszeiten, Fachsprache und digitalen Hürden verstecken. Wer Bürgernähe verspricht, muss gerade dann erreichbar sein, wenn Menschen nicht mehr weiterwissen.

Wir wollen soziale Leistungen, Beratung und Teilhabeangebote in Oldenburg einfacher auffindbar, verständlicher und schneller nutzbar machen. Dazu gehören klare Informationen zum Oldenburg-Pass, niedrigschwellige Beratung, Hilfe bei Mietschulden, Pflege- und Angehörigenberatung, Unterstützung bei digitaler Antragstellung und persönliche Ansprechpersonen in den Stadtteilen.

Digitalisierung kann dabei helfen: durch verständliche Übersichten, automatische Vorprüfungen, bessere Weiterleitung, weniger doppelte Angaben und schnellere Bearbeitung. Aber Digitalisierung darf soziale Arbeit nicht ersetzen. Sie soll Beschäftigte entlasten, damit mehr Zeit für die Menschen bleibt, die persönliche Unterstützung brauchen.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der Menschen nicht erst durch mehrere Ämter laufen müssen, bevor Hilfe beginnt. Sozial heißt für uns: weniger Hürden, klare Wege, respektvolle Kommunikation und Unterstützung, bevor Probleme größer werden.

Denn wer zu spät hilft, spart nicht. Er verschiebt Probleme - und macht sie für Menschen, Stadt und Gesellschaft teurer.

7. Mehr Grün, mehr Naturschutz, mehr Schatten, mehr Wasserkompetenz

Stadtgrün ist hübsch, aber keine Dekoration. Es ist Gesundheitsschutz, Klimavorsorge und Lebensqualität.

Oldenburg spürt längst, was Hitze, Starkregen, Trockenheit und versiegelte Flächen bedeuten: auf Schulwegen, an Haltestellen, auf Spielplätzen, in engen Straßen, auf öffentlichen Plätzen und in Quartieren, in denen Schatten fehlt. Wer Stadtgrün nur als mobile Verschönerung behandelt, hat nicht verstanden, dass Bäume, Grünflächen und Wasseraufnahme heute zur Grundversorgung einer Stadt gehören.

Wir wollen mehr Bäume, mehr entsiegelte Flächen, mehr Schatten und eine Stadtplanung, die Regenwasser nicht möglichst schnell ableitet, sondern vor Ort hält, versickern lässt und nutzbar macht. Oldenburg braucht das Schwammstadt-Prinzip nicht als Schlagwort, sondern als Standard bei Straßen, Plätzen, Schulhöfen, Neubaugebieten und Sanierungen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Naturschutz beginnt für uns nicht erst, wenn Ausgleichsflächen gesucht werden. Er beginnt, bevor alte Bäume fallen, Moore trockengelegt, Grünverbindungen zerschnitten oder wertvolle Flächen überplant werden. Heidbrook, Fliegerhorst, Moorböden, Baumschutz, Entsiegelung und Biotopverbund zeigen: Es geht nicht um einzelne grüne Restflächen. Es geht darum, wie Oldenburg wächst, ohne seine natürlichen Grundlagen immer weiter zu verlieren.

Eine Stadt kann nicht bei jeder Gelegenheit Klimaanpassung versprechen und gleichzeitig Natur erst dann ernst nehmen, wenn sie einem Projekt im Weg steht. Wer Grün schützt, muss es tun, bevor der Bagger kommt - nicht erst in der Pressemitteilung danach.

Wir wollen früher prüfen, besser schützen und offenlegen, welche Eingriffe wirklich unvermeidbar sind. Bei größeren Bau-, Verkehrs- und Gewerbeprojekten muss öffentlich sichtbar werden: Welche Bäume, Böden, Biotope, Kaltluftbereiche und Wasserflächen sind betroffen? Welche Alternativen wurden geprüft? Welche Schäden lassen sich vermeiden? Und wenn ein Eingriff unvermeidbar ist: Wo wird in Oldenburg selbst wirksam ausgeglichen, statt Lebensqualität hier zu verlieren und Ausgleich irgendwo anders zu verbuchen?

So wird Oldenburg nicht nur grüner, sondern kühler, gesünder, widerstandsfähiger und langfristig günstiger.

Naturschutz ist für uns kein Restposten nach Bau-, Verkehrs- und Investitionsentscheidungen. Er ist die Voraussetzung dafür, dass Oldenburg auch in Zukunft lebenswert bleibt.

8. Innenstadt als Alltagszentrum:

Oldenburg lebt nicht nur von großen Projekten. Oldenburg lebt von Menschen, die einkaufen, ausbilden, pflegen, gründen, reparieren, Kultur machen, Sport treiben, Vereine führen, Nachbarschaft organisieren und sich einmischen.

Wir wollen eine Innenstadt, die mehr ist als Einkaufsort: lebendig, erreichbar, sauber, barrierearm, sicher, schattig und offen für Begegnung. Gleichzeitig dürfen die Stadtteile nicht nur mitgedacht werden, wenn Probleme entstehen. Sie brauchen eigene Orte, kurze Wege, verlässliche Angebote, Kultur, Sport, Jugendräume und kleine Verbesserungen, die nicht jahrelang auf sich warten lassen.

Handwerk, Vereine, Kultur, Ehrenamt, kleine Unternehmen und Initiativen brauchen keine Sonntagsreden, sondern weniger Bürokratie, klare Zuständigkeiten, nutzbare Räume und verlässliche Verfahren.

Unser Maßstab: Jedes Versprechen muss überprüfbar sein

Für alle acht Versprechen gilt derselbe Maßstab: Sie müssen überprüfbar sein.

Deshalb wollen wir bei zentralen Vorhaben öffentlich benennen:

- Was ist das Ziel?
- Wer ist zuständig?
- Was kostet es voraussichtlich?
- Welche Folgekosten entstehen?
- Bis wann soll ein sichtbarer Schritt erreicht sein?
- Woran erkennen Bürgerinnen und Bürger, ob es funktioniert?
- Was wurde erreicht, verändert, verzögert oder blockiert?

Wir wollen keine Politik, die nur bessere Überschriften produziert. Wir wollen eine Stadt, die nachweisbar besser arbeitet.

4. Lagebild: Gute Ideen reichen nicht, wenn Umsetzung fehlt

Oldenburg hat viel, worauf man aufbauen kann.

Eine starke Wissenschafts- und Hochschullandschaft. Lebendige Stadtteile. Eine historisch gewachsene Innenstadt. Eine ausgeprägte Radverkehrskultur. Aktive Vereine, soziale Träger, Kulturorte, Handwerk, Unternehmen, Initiativen und Menschen, die sich einmischen, anpacken und Verantwortung übernehmen.

Oldenburg ist keine Stadt ohne Ideen. Oldenburg ist eine Stadt mit vielen Konzepten, vielen engagierten Menschen und vielen begonnenen Prozessen.

Das Problem ist ein anderes: Zu viel bleibt zu lange unübersichtlich. Zu viel wird zu spät erklärt. Zu viel verschwindet in Vorlagen, Prüfaufträgen, Zuständigkeiten, Kostensteigerungen und Abläufen, die für Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehbar sind.

Oldenburg hat kein Erkenntnisproblem. Oldenburg hat ein Umsetzungs-, Prioritäten- und Transparenzproblem.

Wer wissen will, woran das Vertrauen in Kommunalpolitik leidet, muss nicht lange suchen. Es reicht ein Blick auf die Alltagserfahrungen vieler Menschen: Termine dauern zu lange. Zuständigkeiten sind unklar. Schul- und Kitafragen bleiben für Eltern offen. Bezahlbarer Wohnungsbau wird diskutiert, aber bezahlbarer Wohnraum bleibt knapp. Große Projekte werden beschlossen, bevor Folgekosten verständlich auf dem Tisch liegen. Stadtgrün wird gelobt, aber alte Bäume, wertvolle Flächen und Lebensräume geraten trotzdem unter Druck. Bürgerbeteiligung klingt gut, beginnt aber zu oft erst dann, wenn die Richtung politisch längst feststeht.

Ein Prüfauftrag ist noch keine Lösung. Ein PDF ist noch keine Digitalisierung. Ein Spatenstich ist noch keine Folgekostenrechnung. Und ein Beteiligungsformat ist noch keine Mitwirkung, wenn die entscheidenden Weichen vorher gestellt wurden.

Genau hier setzen wir an.

Für die Piraten bedeutet Kommunalpolitik: Entscheidungen müssen verständlich, überprüfbar und fair sein. Bürgerinnen und Bürger müssen sehen können, was entschieden wird, was es kostet, wer verantwortlich ist, welche Alternativen geprüft wurden und woran Fortschritt gemessen wird. Das ist kein Selbstzweck. Transparenz schützt vor schlechter Planung, vor teuren Überraschungen, vor Hinterzimmerpolitik und vor dem Gefühl, dass Politik ohnehin macht, was sie will.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Haushalt und Großprojekte: Ehrlich rechnen, bevor es teuer wird

Oldenburg steht finanziell unter Druck. Wer seriös gestalten will, darf Haushaltsprobleme nicht erst dann erklären, wenn Kürzungen angeblich alternativlos sind.

Große Projekte, Sanierungen, Brücken, Sportstätten, IT, Energie, Verkehr, Schulen, Kitas und städtische Gebäude erzeugen nicht nur einmalige Kosten. Sie erzeugen Folgekosten: Betrieb, Personal, Wartung, Energie, Sicherheit, Instandhaltung, Rückbau, Nachträge und Risiken. Wenn diese Kosten erst sichtbar werden, nachdem die politische Richtung festgelegt ist, ist das keine solide Finanzpolitik. Es ist verspätete Ehrlichkeit.

Oldenburg braucht keine Haushaltsdebatten, in denen am Ende Kinder, Bildung, Pflege, Kultur, Vereine, soziale Beratung und Stadtteile gegeneinander ausgespielt werden, während teure Routinen und schlecht kontrollierte Projekte zu spät auf den Prüfstand kommen.

Wir wollen Prioritäten früher offenlegen. Was kostet ein Projekt wirklich? Welche Folgekosten entstehen? Welche Risiken sind bekannt? Welche Fördermittel sind möglich? Welche Alternativen wurden geprüft? Welche Aufgaben wirken, welche laufen doppelt, welche sind überholt?

Sparsamkeit darf nicht bedeuten, dass die Schwächsten zuerst bezahlen. Sparsamkeit heißt: öffentliches Geld so einsetzen, dass es den größten Nutzen für Oldenburg erzeugt. Dazu müssen die Menschen aktiv einbezogen werden um gemeinsam zu priorisieren.

Verwaltung und Digitalisierung: Weniger Wege, mehr Klarheit

Oldenburg hat digitale Grundlagen: Online-Angebote, Open Data, Beteiligungsformate und eine Verwaltung, die sich mit digitaler Transformation beschäftigt. Daraus muss jetzt spürbarer Fortschritt im Alltag werden.

Für viele Menschen ist Verwaltung noch immer eine Mischung aus Formularen, Wartezeit, Rückfragen, unklaren Zuständigkeiten und dem Gefühl, selbst herausfinden zu müssen, welches Amt zuständig ist. Digitalisierung darf nicht heißen, Papierbürokratie ins Internet zu stellen. Gute Digitalisierung beginnt früher: bei verständlichen Prozessen, klaren Verantwortlichkeiten, weniger doppelten Angaben und Abläufen, die für Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger einfacher werden.

Für uns ist Digitalisierung kein Selbstzweck. Sie muss Verwaltung schneller, sicherer, barriereärmer und menschlicher machen. Wer online alles erledigen will, soll das einfach tun können. Wer persönliche Hilfe braucht, darf nicht abgehängt werden.

Piratenpolitik heißt hier: offene Standards, Datenschutz, Informationssicherheit, digitale Souveränität und nachvollziehbare Verfahren zusammen denken. Eine moderne Stadt darf weder von einzelnen Anbietern abhängig werden noch Menschen aus dem Blick verlieren, die nicht digital arbeiten können oder wollen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Eine Verwaltung ist keine Blackbox. Sie ist öffentliche Dienstleistung.

Mobilität: Oldenburg braucht weniger Lagerkampf und bessere Wege

Oldenburg ist Radstadt, Autostadt, Busstadt, Fußgängerstadt, Pendlerstadt, Einkaufsstadt, Hochschulstadt und Wohnort zugleich. Genau deshalb scheitert Mobilität, wenn sie als Kulturkampf geführt wird.

Die Konflikte entstehen dort, wo alle dieselben engen Flächen nutzen müssen: Radfahrende auf unsicheren Strecken, Autos im Stau, Busse ohne Verlässlichkeit, Lieferverkehr ohne Platz, Fußgängerinnen und Fußgänger an schlechten Querungen, Menschen mit Behinderung vor Barrieren, Handwerk und Pflege unter Zeitdruck, Eltern auf Schulwegen und Stadtteile, die sich abgehängt fühlen.

Oldenburg braucht keine Verkehrspolitik, die auf Plakaten mutig klingt und an der nächsten Kreuzung scheitert. Oldenburg braucht klare Wege, bessere Trennung dort, wo sie Konflikte löst, sichere Schulwege, verlässliche Busse, faire Parklösungen, bessere Baustellenkommunikation und eine regionale Perspektive.

Die Cäcilienbrücke, der Druck auf Ausweichrouten, Parksuchverkehr, Radverkehrsachsen, Lieferzonen, Busverbindungen und die Anbindung der Stadtteile zeigen: Mobilität ist nicht nur Ideologie. Sie ist Alltag, Zeit, Sicherheit und Teilhabe.

Unser Ziel ist Mobilität ohne Gegeneinander. Wer Alternativen nutzen kann, soll sie leichter nutzen können. Wer auf das Auto angewiesen ist, braucht faire Lösungen statt moralischer Vorwürfe. Wer zu Fuß, mit dem Rad oder dem Bus unterwegs ist, braucht verlässliche und sichere Wege statt Restflächen.

Wohnen, Schule und Kita: Nicht erst bauen, dann merken

Oldenburg braucht Wohnraum. Aber Wohnungsbau allein löst keine Wohnungsfrage, wenn Kitas fehlen, Schulwege unsicher sind, Schulen unter Druck geraten, Busse nicht mitwachsen, Grünflächen verschwinden und soziale Infrastruktur hinterherläuft.

Neue Quartiere dürfen keine Schlafquartiere werden. Sie müssen vollständige Nachbarschaften sein: mit Kita, Schule, Nahversorgung, Spielplätzen, Grün, Begegnungsorten, Barrierefreiheit, sicheren Wegen und guter Anbindung.

Wer bezahlbares Wohnen verspricht, muss Sozialquoten verteidigen, wenn es konkret wird. Wer Familien entlasten will, muss Kita- und Schulplanung transparent machen. Wer Quartiere plant, muss Infrastruktur vor Beschlüssen mitdenken - nicht nachträglich, wenn Eltern, Schulen und Stadtteile bereits unter Druck stehen.

Oldenburg braucht hier mehr Ehrlichkeit. Es reicht nicht, Wohnungsbau gegen Naturschutz, Sozialquote gegen Wirtschaftlichkeit oder Tempo gegen Beteiligung auszuspielen. Gute Stadtentwicklung prüft früh, legt offen und entscheidet nachvollziehbar.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Klima, Stadtgrün und Naturschutz: Vorsorge statt nachträglicher Ausgleich

Hitze, Starkregen, Hochwasser, Trockenperioden und versiegelte Flächen sind keine Zukunftsfragen mehr. Sie betreffen Oldenburg bereits heute: auf Schulwegen, an Haltestellen, auf Spielplätzen, in engen Straßen, auf Plätzen ohne Schatten und in Quartieren, in denen Wasser nicht gut versickern kann.

Stadtgrün ist keine mobile Dekoration. Es ist Gesundheitsschutz, Klimaanpassung, Wassermanagement und Lebensqualität.

Oldenburg braucht mehr Bäume, mehr Schatten, mehr Entsiegelung, bessere Wasseraufnahme und eine Stadtplanung, die Regenwasser nicht nur ableitet, sondern vor Ort hält, speichert und nutzbar macht. Schwammstadt darf kein schönes Wort in Konzepten bleiben. Sie muss in Straßen, Schulhöfen, Plätzen, Baugebieten und Sanierungen sichtbar werden.

Naturschutz darf nicht erst auftauchen, wenn Gutachten begründen sollen, warum ein Eingriff doch irgendwie ausgeglichen werden kann. Alte Bäume, Feuchtflächen, Moore, Wallhecken, Gewässerränder, Grünverbindungen und Lebensräume sind keine Reserveflächen für spätere Nutzung. Sie sind Teil der natürlichen Infrastruktur dieser Stadt.

Heidbrook, Fliegerhorst, Baumschutz, Moorböden, Versiegelung und Kompensation zeigen, worum es geht: Oldenburg muss früher offenlegen, welche Natur betroffen ist, welche Alternativen geprüft wurden und welche Eingriffe vermeidbar sind. Ausgleich irgendwo außerhalb ersetzt nicht automatisch Lebensqualität, Kühlung, Wasseraufnahme und Artenvielfalt vor Ort.

Wer Naturschutz ernst nimmt, wartet nicht, bis der Bagger kommt. Er prüft vorher.

Soziale Teilhabe, Gesundheit und Pflege: Hilfe muss ankommen

Oldenburg ist eine lebenswerte Stadt. Aber sie ist nicht für alle gleich einfach.

Steigende Mieten, hohe Energiekosten, Einsamkeit, Pflegebelastung, psychische Erkrankungen, Suchtprobleme, Schulden, Wohnungslosigkeit, Sprachbarrieren und digitale Hürden treffen Menschen sehr unterschiedlich. Für Menschen in Belastungssituationen ist nicht die Frage entscheidend, welche Stelle formal zuständig ist. Entscheidend ist, ob Hilfe rechtzeitig ankommt.

Oldenburg hat viele soziale Angebote, Beratungsstellen, Träger und Initiativen. Das Problem ist oft nicht, dass es keine Hilfe gibt. Das Problem ist, dass Menschen sie zu spät finden, schwer verstehen oder auf dem Weg dorthin verloren gehen.

Eine soziale Stadt darf Hilfe nicht hinter Formularen, Fachsprache, Öffnungszeiten und digitalen Hürden verstecken. Der Oldenburg-Pass, Pflege- und Angehörigenberatung, Hilfe bei Mietschulden, soziale Beratung, digitale Unterstützung und Angebote in den Stadtteilen müssen leichter auffindbar und verständlicher werden.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Daten können helfen, soziale Belastungen früher zu erkennen. Aber Sozialpolitik darf Menschen nicht zu Datensätzen machen. Piratenpolitik heißt: Hilfe besser organisieren, Datenschutz achten, Zugänge vereinfachen und persönliche Unterstützung stärken.

Wer zu spät hilft, spart nicht. Er verschiebt Probleme - und macht sie menschlich, sozial und finanziell größer.

Wirtschaft, Handwerk, Wissenschaft, Kultur und Ehrenamt: Ermöglichen statt bremsen

Oldenburg lebt von Menschen, die anpacken: im Handwerk, in kleinen und mittleren Unternehmen, in der IT, in Hochschulen, in Forschung, Pflege, Handel, Gastronomie, Kultur, Sportvereinen, sozialen Trägern, Initiativen, Clubs, Nachbarschaftsprojekten und im Ehrenamt.

Viele dieser Menschen scheitern nicht an fehlender Motivation. Sie scheitern an langen Verfahren, unklaren Zuständigkeiten, komplizierten Anträgen, fehlenden Räumen, schlechter Planbarkeit, Baustellenkommunikation, Fachkräftemangel oder digitalen Angeboten, die in Wahrheit noch immer Verwaltungslabyrinth sind.

Eine Stadt, die Engagement will, muss Engagement leichter machen.

Handwerk braucht verlässliche Genehmigungen, sinnvolle Park- und Lieferlösungen und eine Verwaltung, die erreichbar ist. Kultur und Ehrenamt brauchen Räume, faire Förderverfahren und weniger Bürokratie. Gründungen und kleine Betriebe brauchen klare Wege statt Zuständigkeitsroulette. Wissenschaft und Stadtgesellschaft brauchen mehr gemeinsame Projekte, bei denen Forschung, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft praktische Probleme lösen.

Oldenburg muss nicht jeden Prozess neu erfinden. Die Stadt kann von anderen lernen, offene Standards nutzen, Kooperationen ausbauen, Daten besser bereitstellen und Verfahren so gestalten, dass Menschen weniger Zeit mit Verwaltung verlieren und mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit haben.

Eine gute Stadtverwaltung ist nicht Bremse. Sie ist Ermöglicherin.

Demokratie und Bürgerrechte: Beteiligung muss früher beginnen

Kommunalpolitik ist dort am stärksten, wo Menschen Entscheidungen verstehen und beeinflussen können, bevor alles feststeht.

Zu oft wird Beteiligung aber erst dann angeboten, wenn zentrale Weichen bereits gestellt sind. Dann sollen Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mitentscheiden, sondern akzeptieren. Das ist keine Beteiligung. Das ist Akzeptanzbeschaffung.

Wir wollen Beteiligung früher, verständlicher und verbindlicher machen. Bei größeren Projekten muss klar sein: Welche Varianten stehen wirklich zur Auswahl? Was kosten sie?

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Welche Auswirkungen haben sie? Welche Einwände wurden übernommen? Welche wurden abgelehnt - und warum?

Piratenpolitik heißt: Demokratie nicht auf Wahlsonntage reduzieren. Offene Daten, verständliche Vorlagen, nachvollziehbare Beschlüsse, Datenschutz, Bürgerrechte und Rechenschaft gehören zusammen. Wer Politik kontrollieren soll, braucht Zugang zu Informationen. Wer Vertrauen will, muss Kontrolle ermöglichen.

Unser Fazit:

Oldenburg hat Wissen. Oldenburg hat Konzepte. Oldenburg hat engagierte Menschen. Oldenburg hat Stadtteile, Hochschulen, Betriebe, Vereine, Initiativen und eine Zivilgesellschaft, die mehr kann, als nur alle paar Jahre Wahlplakate anzusehen.

Was fehlt, ist eine Politik, die sortiert, erklärt, priorisiert und umsetzt.

Transparent. Fair. Digital souverän. Sozial erreichbar. Ökologisch vorausschauend. Nah am Alltag.

Genau dafür treten wir an.

5. Wie wir umsetzen: Damit aus Worten Wirkung wird

Gute Kommunalpolitik darf kein Wunschzettel sein.

Zu viele Wahlprogramme klingen so, als müsse man nach der Wahl nur die richtige Mehrheit finden - und plötzlich sind Mieten bezahlbar, Busse pünktlich, Schulen saniert, Anträge schneller, Kosten im Griff und alle Wege sicher.

So funktioniert Oldenburg nicht. Und so funktioniert Kommunalpolitik nicht.

Wer alles verspricht, ohne Zuständigkeiten, Kosten, Folgekosten und Umsetzungsschritte zu benennen, verkauft Hoffnung auf Pump. Das klingt im Wahlkampf gut, wird nach der Wahl aber schnell zum bekannten Muster: Prüfauftrag, Haushaltslage, Zuständigkeit, später.

Wir machen das anders.

Wir schreiben nicht nur auf, was gut klingt. Wir benennen, was Oldenburg selbst entscheiden kann, was die Verwaltung vorbereiten muss, was als Pilot erprobt werden sollte und wo Land, Bund, VBN, Nachbarkommunen, städtische Gesellschaften oder private Akteure eingebunden werden müssen.

Das ist ehrlicher als so zu tun, als könne eine Kommune jedes Problem allein lösen. Aber es ist auch verbindlicher als Ausredenpolitik. Denn wer nicht allein zuständig ist, ist noch lange nicht machtlos.

Oldenburg kann Druck machen. Oldenburg kann koordinieren. Oldenburg kann Anträge stellen. Oldenburg kann Daten offenlegen. Oldenburg kann Varianten prüfen lassen. Oldenburg kann mit Nachbarkommunen zusammenarbeiten. Oldenburg kann öffentlich zeigen, woran etwas scheitert - und wer es blockiert.

Zuständigkeit darf keine Endstation sein. Sie muss der Anfang klarer Verantwortung sein.

Deshalb ordnen wir zentrale Maßnahmen nach vier Kategorien:

1. Direkt beschließbar

Maßnahmen, die Rat oder Stadt unmittelbar anstoßen können. Hier darf Politik sich nicht hinter langen Prüfketten verstecken. Was klar ist, muss entschieden werden.

2. Verwaltungsauftrag

Maßnahmen, bei denen die Verwaltung Daten, Varianten, Kosten, rechtliche Grenzen oder Umsetzungsvorschläge vorlegen muss. Ein Prüfauftrag darf dabei kein politisches Wartezimmer sein. Er braucht Frist, Ziel und öffentliche Rückmeldung.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

3. Pilotprojekt

Maßnahmen, die zunächst klein, begrenzt und auswertbar getestet werden. Nicht jedes Problem braucht sofort ein Millionenprojekt. Manchmal braucht Oldenburg erst einen sauberen Test: mit klarer Laufzeit, klaren Kriterien und ehrlicher Auswertung.

4. Region, Land oder Bund nötig

Maßnahmen, die Oldenburg nicht allein entscheiden kann. Das gilt etwa bei ÖPNV, großen Verkehrsfragen, Förderprogrammen, gesetzlichen Vorgaben oder regionaler Zusammenarbeit. Aber auch hier gilt: Nicht allein zuständig heißt nicht nicht verantwortlich. Wer etwas für Oldenburg will, muss dafür Bündnisse bauen, Druck machen und öffentlich erklären, wo Entscheidungen hängen.

Für jede größere Maßnahme wollen wir zusätzlich ein öffentlich verständliches Maßnahmenblatt.

Darin steht:

- Was ist das Ziel?
- Welches Problem soll gelöst werden?
- Wer ist zuständig?
- Was kann Oldenburg selbst entscheiden?
- Welche Stellen müssen beteiligt werden?
- Welche Kosten entstehen einmalig?
- Welche Folgekosten entstehen dauerhaft?
- Welche Fördermittel kommen infrage?
- Welche Daten zeigen den Fortschritt?
- Welche Gruppen sind besonders betroffen?
- Welche Risiken bestehen für Datenschutz, Barrierefreiheit, Klima, soziale Teilhabe, Sicherheit oder Haushalt?
- Bis wann soll der nächste sichtbare Schritt erfolgen?

So wird aus Kommunalpolitik ein Arbeitsplan.

Das passt zu unserem Verständnis von Politik: offen, nachvollziehbar, digital, sozial und überprüfbar. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht rätseln müssen, ob etwas passiert. Sie sollen sehen können, was beantragt, beschlossen, vorbereitet, verändert, verzögert, blockiert oder umgesetzt wurde.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Transparenz bedeutet nicht, dass alles sofort fertig wird. Transparenz bedeutet, dass niemand so tun kann, als sei nichts passiert, obwohl nichts passiert ist.

Wir wollen keine Politik, die gute Überschriften produziert und danach im Nebel verschwindet. Wir wollen eine Stadt, in der Verantwortung sichtbar wird: bei Kosten, bei Fristen, bei Zuständigkeiten, bei Fehlern und bei Ergebnissen.

Nicht alles wird sofort gelöst. Aber alles Wichtige muss endlich sichtbar werden.

6. Themen: Die Baustellen des Alltags - und unsere Lösungen

Themen: Politik, die im Alltag ankommt

Wir setzen dort an, wo Menschen Oldenburg jeden Tag erleben: bei Terminen, Wegen, Gebühren, Schulen, Kitas, Grünflächen, Sicherheit, Wohnen, Innenstadt, Vereinen, Betrieben und dem Vertrauen in politische Entscheidungen.

Oldenburg hat viele Konzepte. Was fehlt, ist nicht noch ein Papier mit guten Absichten, sondern eine Politik, die Prioritäten setzt, Verantwortung benennt, Kosten offenlegt und Umsetzung sichtbar macht.

Unser Maßstab gilt für jedes Thema: Was ist das Problem? Was kann Oldenburg selbst tun? Was kostet es? Wer ist zuständig? Woran merken Bürgerinnen und Bürger, dass es besser wird?

6.1 Verwaltung: digital schneller, persönlich erreichbar

Viele Menschen erleben Verwaltung nicht als Dienstleistung, sondern als Abfolge aus Formularen, Wartezeiten, Rückfragen und unklaren Zuständigkeiten. Digitalisierung darf nicht heißen, dass ein Papierformular jetzt als PDF im Internet liegt. Echte Digitalisierung beginnt dort, wo Abläufe neu gedacht werden: weniger doppelte Eingaben, weniger manuelle Prüfungen, weniger Weiterleitungen, weniger Papierläufe und klarere Verantwortung.

Oldenburg hat mit ServiceCenter, digitalen Angeboten, Open Data und einem eigenen Amt für digitale Transformation wichtige Grundlagen. Daraus muss jetzt Alltag werden: weniger Wartezeit, weniger Zuständigkeitschaos, weniger Behördengänge und bessere Kommunikation.

Ein PDF ist noch keine Digitalisierung. Ein Onlineformular ist noch kein Service. Eine moderne Verwaltung arbeitet nicht nur intern digitaler. Sie wird schneller, verständlicher, verbindlicher und entlastet zugleich ihre Beschäftigten.

Dazu ist es notwendig, dass Politik von Parteien gemacht wird, die moderne Arbeitsweisen verstehen und gleichzeitig die Hürden der Digitalisierung im Bereich der Inklusion kennen und verstehen.

Was wir konkret tun:

- Ein öffentliches Serviceversprechen für häufige Anliegen: Ausweis, Ummeldung, Meldebescheinigung, Kita- und Schulfragen, einfache Gewerbeanliegen,

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Bauvoranfragen und Führerscheinangelegenheiten sollen klare Bearbeitungszeiten und Rückmeldestandards bekommen, die zentral angezeigt werden.

- Einen digitalen Bearbeitungsstand für Standardverfahren einführen: Bürgerinnen und Bürger sollen sehen können, ob ihr Antrag eingegangen ist, ob Unterlagen fehlen, welcher Schritt als Nächstes kommt und wann voraussichtlich mit einer Entscheidung zu rechnen ist.
- Verwaltungsprozesse vor der Digitalisierung vereinfachen: Nicht alte Bürokratie digital nachbauen, sondern Verfahren straffen, unnötige Prüfschritte reduzieren, Daten nur einmal abfragen und Zuständigkeiten klarer regeln.
- Automatisierte Vorprüfungen bei Standardanträgen nutzen: Systeme sollen früh erkennen, ob Unterlagen vollständig sind, Angaben plausibel wirken und welche Stelle zuständig ist. Entscheidungen über Menschen bleiben nachvollziehbar und verantwortet.
- Persönliche Erreichbarkeit sichern: Feste analoge Prioritätsfenster für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen ohne digitale Routine und komplexe Anliegen. Digital für den Komfort - persönlich erreichbar für alle, die Unterstützung brauchen.
- Dokumentenabholung flexibler machen: Die Stadt soll prüfen, ob sichere Abholstationen oder erweiterte Abholmöglichkeiten für häufige Dokumente Wege und Öffnungszeiten entlasten können.
- Den Servicegedanken stärken: Wer eine Anfrage annimmt, soll sie intern richtig weiterleiten. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht selbst herausfinden müssen, welches Amt zuständig ist.
- Open Data ausbauen: Wartezeiten, Projektstände, Baustellen, Baumfällungen, Parkauslastung, Radzählungen und relevante Haushaltsdaten sollen verständlich und maschinenlesbar veröffentlicht werden.
- Digitale Souveränität stärken: Bei neuen digitalen Verfahren sollen offene Standards, Open-Source-Lösungen und interoperable Schnittstellen geprüft werden. Oldenburg darf sich nicht unnötig von einzelnen Anbietern abhängig machen.
- Informationssicherheit zur Pflichtaufgabe machen: Digitale Verwaltung funktioniert nur, wenn Daten sicher sind. Wir wollen klare Sicherheitsstandards, regelmäßige Risikoanalysen, Schulungen und nachvollziehbare Zuständigkeiten bei IT-Sicherheitsvorfällen.

- KI und automatisierte Systeme nachvollziehbar einsetzen: Wenn Systeme in der Verwaltung unterstützen, müssen Zweck, Datenbasis, Grenzen und Verantwortlichkeit klar sein. Entscheidungen über Menschen dürfen nicht in einer Blackbox verschwinden.
- Datenschutz verständlich machen: Datenschutz darf nicht als Ausrede für Stillstand missbraucht werden, aber auch nicht zur Nebensache werden. Bürgerinnen und Bürger sollen verstehen können, welche Daten die Stadt wofür nutzt.

Das bringt es den Menschen:

Berufstätige, Familien, Studierende, Unternehmen, Handwerk und Vereine sparen Wege, Wartezeiten und Rückfragen. Menschen ohne digitale Routine bekommen verlässliche persönliche Wege. Beschäftigte der Stadt werden von Doppelarbeit entlastet. Die Verwaltung wird schneller, sicherer, unabhängiger und bürgernäher.

Woran man Fortschritt erkennt:

Kürzere Bearbeitungszeiten, weniger Rückfragen, mehr digital nachvollziehbare Anträge, bessere persönliche Erreichbarkeit, veröffentlichte Servicekennzahlen und weniger Beschwerden über Zuständigkeitschaos.

6.2 Haushalt: Geld für das, was allen nützt

Oldenburg kann sich keine Politik leisten, die jedes neue Projekt verspricht und erst später über die Rechnung spricht. Kommunalpolitik muss gestalten, aber sie muss ehrlich rechnen.

Viele Aufgaben sind Pflichtaufgaben. Pauschale Kürzungsparolen sind deshalb unseriös. Gespart werden muss zuerst dort, wo Prozesse doppelt laufen, Projekte aus dem Ruder laufen, Gebäude ineffizient genutzt werden, Energie verschwendet wird oder freiwillige Leistungen keine erkennbare Wirkung mehr haben.

Eine Stadt ist kein Unternehmen. Sie muss keinen Gewinn machen. Aber sie muss aus dem Geld der Bürgerinnen und Bürger den größtmöglichen Nutzen für Oldenburg schaffen.

Haushaltsdisziplin beginnt nicht beim Jugendzentrum, beim Kulturprojekt, bei sozialer Beratung oder beim Verein im Stadtteil. Sie beginnt bei Kostenkontrolle, Nachträgen, Energieverbrauch, leerstehenden Flächen, schlechter Beschaffung, Doppelarbeit und Projekten, deren Risiken zu spät sichtbar werden.

Ein Spatenstich ist noch keine Folgekostenrechnung. Und Begeisterung ersetzt keine öffentliche Kostenklarheit.

Was wir konkret tun:

- Ein öffentliches Kostenradar für größere Projekte einführen: Beschlusslage, Kostenstand, Folgekosten, Nachträge, Terminlage, Verantwortlichkeit und Risikoampel sollen verständlich sichtbar werden.
- Folgekosten vor Beschluss offenlegen: Nicht nur Baukosten zählen. Betrieb, Wartung, Energie, Personal, IT, Sanierung, Sicherheit und Rückbau müssen vor Entscheidungen sichtbar werden.
- Eine Stop-/Review-Regel für Großprojekte schaffen: Wenn Kosten, Zeitplan oder Nutzen deutlich vom Beschluss abweichen, muss der Rat öffentlich neu bewerten: weiterführen, ändern, pausieren oder beenden.
- Freiwillige Leistungen nicht blind kürzen, sondern Wirkung prüfen: Was wirkt, wird geschützt. Was doppelt läuft, wird zusammengeführt. Was nicht mehr funktioniert, wird überprüft.
- Beschaffung professioneller machen: Gemeinsame Einkaufsvorteile, bessere Vergaben, offene Standards und Kooperation mit Nachbarkommunen können Geld sparen, ohne Leistungen zu verschlechtern.
- Fördermittelcheck vor größeren Investitionen: Vor Beschluss muss geprüft werden, welche Landes-, Bundes- oder EU-Fördermittel nutzbar sind und welche Bedingungen damit verbunden sind.
- Gebäude- und Energiemanagement stärken: Leerstand vermeiden, städtische Flächen besser nutzen und Energieverbräuche senken.
- Projektcontrolling ab klarer Kostenschwelle einführen: Größere städtische Projekte erhalten ein öffentliches Projektblatt mit Ziel, Kosten, Zeitplan, Risiken, Beschlusslage und nächster Entscheidung.
- Von anderen Städten lernen: Oldenburg muss das Rad nicht neu erfinden. Was anderswo nachweisbar funktioniert, soll geprüft, angepasst und schneller nutzbar gemacht werden.

Das bringt es den Menschen:

Steuerzahlende sehen früher, wofür Geld ausgegeben wird und wo Kosten steigen. Kinder, Jugendliche, Pflege, Kultur, soziale Träger und Vereine werden nicht durch pauschale Kürzungen gegeneinander ausgespielt. Verwaltung und Rat entscheiden auf besserer Datenbasis. Wirtschaft, Träger und Stadtteile bekommen mehr Planbarkeit.

Woran man Fortschritt erkennt:

Öffentliche Kostenblätter für Großprojekte, weniger überraschende Nachträge, klarere Prioritäten im Haushalt, sichtbare Fördermittelpflichtprüfung und nachvollziehbare Entscheidungen bei freiwilligen Leistungen.

6.3 Soziale Teilhabe, Gesundheit und Pflege: Hilfe muss ankommen

Soziale Unterstützung hilft nur, wenn Menschen sie rechtzeitig finden und nutzen können. In Oldenburg gibt es viele Angebote, Beratungsstellen, Träger und Zuständigkeiten. Für Menschen in Belastungssituationen ist genau das oft das Problem.

Wer Mietschulden hat, Angehörige pflegt, psychisch belastet ist, von Armut betroffen ist, Hilfe beim Antrag braucht oder keinen digitalen Zugang hat, darf nicht erst ein Verwaltungssystem verstehen müssen.

Eine Stadt, die sozial sein will, darf Hilfe nicht hinter Formularen, Öffnungszeiten, Fachsprache und digitalen Hürden verstecken. Wer Bürgernähe verspricht, muss gerade dann erreichbar sein, wenn Menschen nicht mehr weiterwissen.

Sozialpolitik ist nicht dann stark, wenn sie gut klingt. Sie ist dann stark, wenn Hilfe rechtzeitig ankommt.

Was wir konkret tun:

- Soziallotsen für Oldenburg prüfen und einführen: Bürgerinnen und Bürger sollen eine erste Anlaufstelle bekommen, die nicht nur Telefonnummern weitergibt, sondern aktiv zum richtigen Angebot vermittelt: digital, telefonisch, persönlich und in den Stadtteilen.
- Den Oldenburg-Pass einfacher zugänglich machen: Informationen, Antragstellung, Leistungsübersicht und Verlängerung sollen verständlicher werden. Wer Anspruch auf Unterstützung haben könnte, soll leichter erkennen können, welche Angebote nutzbar sind.
- Soziale Leistungen nach Lebenslagen auffindbar machen: Wohnen, Pflege, Familie, Schulden, Gesundheit, Behinderung, Sprache, Einsamkeit, Sucht, Gewalt und digitale Hilfe sollen nicht als Linkliste, sondern als verständlicher Wegweiser dargestellt werden.
- Betroffene in die Verbesserung einbeziehen: Angebote sollen gemeinsam mit Menschen geprüft werden, die sie tatsächlich nutzen müssen.
- Mietschulden und Wohnungslosigkeit früher verhindern: Wohnraumsicherung, Schuldnerberatung, Sozialarbeit und Vermietende sollen früher zusammenarbeiten, bevor Kündigung, Räumung oder Obdachlosigkeit entstehen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

- Housing-First-Ansätze unterstützen und transparent auswerten.
- Pflegende Angehörige entlasten: Beratung zu Pflege, Kurzzeitpflege, Tagespflege, Entlastungsleistungen und barrierearmem Wohnen soll leichter erreichbar sein.
- Psychische Gesundheit und Sucht ernst nehmen: Niedrigschwellige Beratung, Streetwork, Prävention und Krisenangebote sollen gestärkt werden. Menschen brauchen Hilfe, keine Stigmatisierung und keine Verdrängung aus dem öffentlichen Raum.
- Sozialdaten verantwortungsvoll nutzen: Die Stadt soll soziale Belastungen in Quartieren besser erkennen, ohne Menschen zu überwachen. Sozialplanung braucht Daten, aber anonymisiert, zweckgebunden und datenschutzkonform.
- Digitale Antragstellung erleichtern: Automatische Vorprüfungen können helfen, fehlende Unterlagen schneller zu erkennen und Anträge zügiger zu bearbeiten. Sie dürfen persönliche Beratung aber nicht ersetzen.

Das bringt es den Menschen:

Menschen in Not finden schneller die richtige Hilfe. Familien, ältere Menschen und pflegende Angehörige werden entlastet. Wohnungslosigkeit und soziale Krisen können früher verhindert werden. Beratungsstellen und Stadtverwaltung arbeiten besser zusammen. Sozialpolitik wird messbarer, ohne Menschen zu Datensätzen zu machen.

Woran man Fortschritt erkennt:

Kürzere Wege zur Beratung, verständlichere Informationen, mehr Nutzung des Oldenburg-Passes, frühere Hilfe bei Mietschulden, transparente Auswertung von Hilfsangeboten und weniger Weiterleitungen ohne Ergebnis.

6.4 Mobilität: Rad, Auto, Bus und Fußverkehr entflechten

In Oldenburg treffen viele berechnigte Interessen auf engem Raum aufeinander. Radfahrende wollen sicher und zügig fahren. Autofahrende wollen ohne ständiges Bremsen und Suchen vorankommen. Busse brauchen verlässliche Fahrzeiten. Lieferverkehr braucht flexible Haltezonen. Fußgängerinnen und Fußgänger brauchen sichere Querungen. Handwerk, Pflege und Einsatzkräfte brauchen planbare Wege. Menschen mit Behinderung brauchen Barrierefreiheit.

Wenn alle auf derselben Fläche improvisieren müssen, verlieren am Ende alle.

Oldenburg braucht keine Verkehrspolitik, die auf Plakaten mutig klingt und an der nächsten Kreuzung scheitert. Mobilität ist kein Kulturkampf. Mobilität ist Alltag.

Besonders deutlich zeigt sich das bei der Cäcilienbrücke. Seit Jahren ist eine zentrale Verbindung unterbrochen, und für viele Menschen in Osterburg, für Pendelnde, Gewerbe,

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Busverkehr, Rettungswege, Radverkehr und Anwohnende ist daraus ein Dauerproblem geworden. Zuständigkeiten zwischen Stadt, Bund und Wasserstraßenverwaltung erklären zwar, warum vieles kompliziert ist. Sie lösen aber nicht den Alltag der Menschen.

Oldenburg darf sich hier nicht mit dem Hinweis begnügen, dass andere zuständig sind. Wer die Folgen vor Ort trägt, muss vor Ort Druck machen, Übergangslösungen organisieren und transparent erklären, was passiert, was nicht passiert und wer gerade bremst.

Andere reden bei Infrastruktur gern von Zukunft. Wir wollen zuerst die Verbindungen reparieren, die Menschen heute fehlen.

Was wir konkret tun:

- Cäcilienbrücken-Status öffentlich und verständlich machen: Zeitplan, Zuständigkeiten, Finanzierungsstand, Risiken, nächste Entscheidungen und Verzögerungsgründe sollen zentral sichtbar sein. Nicht als verstreute Verwaltungsmeldung, sondern als nachvollziehbarer Projektstatus.
- Übergangsverkehr regelmäßiger bewerten: Solange die Brücke fehlt, müssen Auswirkungen auf Osternburg, Ausweichrouten, Buslinien, Radwege, Schulwege, Rettungswege, Handwerk und Lieferverkehr regelmäßig ausgewertet werden um ggf. den Druck auf verantwortliche Stellen zu erhöhen.
- Bund und zuständige Stellen öffentlich in die Verantwortung nehmen: Wenn Oldenburg nicht allein entscheiden kann, muss die Stadt trotzdem sichtbar Druck machen. Zuständigkeit darf keine Ausrede sein, sondern muss klar benannt werden.
- Betroffene nicht alleinlassen: Weitere Übergangslösungen müssen jetzt gemeinsam mit den Stadtteilen überprüft werden.
- Getrennte und durchgängige Radverbindungen dort priorisieren, wo Mischverkehr heute für Konflikte sorgt. Gute Radwege machen Radfahren sicherer und entlasten zugleich den Autoverkehr.
- Ein Sofortprogramm für zehn Konfliktstellen starten: Schulwege, Kreuzungen, Bushaltestellen, Lieferzonen, Engstellen und Stellen mit häufigen Beinaheunfällen sollen erfasst und entschärft werden.
- Busbeschleunigung dort voranbringen, wo viele Menschen täglich unterwegs sind. Ein verlässlicher Bus nützt auch Autofahrenden, weil er Fahrten ersetzt und Staus reduziert.

- Fußwege und Querungen barriereärmer machen: bessere Sicht, weniger Stolperstellen, verständliche Ampelschaltungen und sichere Wege zu Schulen, Haltestellen und alltäglichen Orten.
- Baustellenkommunikation verbessern: Eine verständliche digitale und analoge Übersicht über Sperrungen, Umleitungen, Parkauswirkungen und Ersatzwege muss Standard werden.
- Die Anbindung der Stadtteile überprüfen: Seit dem Abbau der Cäcilienbrücke verteilt sich Verkehr stärker auf wenige Alternativen. Oldenburg braucht nicht nur Druck beim Ersatz, sondern eine Gesamtbewertung der Stadtteilanbindung.
- Regionale Mobilität mitdenken: Park-and-Ride, Radschnellwege, ÖPNV, On-Demand-Angebote und Pendelströme enden nicht an der Stadtgrenze.
- Ein Seniorinnen- und Senioren-Ticket prüfen: In Anlehnung an Modelle wie „UMSTEIGEN70“ soll geprüft werden, ob ein vergünstigtes oder kostenfreies ÖPNV-Angebot für ältere Menschen mit On-Demand-Bausteinen sinnvoll und finanzierbar ist.
- Lieferverkehr, Pflege, Handwerk und Rettungswege früh einplanen: Wer Straßen neu ordnet, muss Versorgung und Alltag von Anfang an mitdenken.

Das bringt es den Menschen:

Pendlerinnen, Pendler und Familien bekommen verlässlichere Wege. Radfahrende und Schülerinnen und Schüler fahren sicherer. Autofahrende profitieren von klarerer Verkehrsführung und weniger improvisiertem Mischverkehr. Busnutzerinnen und Busnutzer können sich stärker auf Fahrzeiten verlassen. Handwerk, Pflege und Lieferverkehr erhalten klarere Regeln.

Woran man Fortschritt erkennt:

Weniger Konfliktstellen, sichere Schulwege, verlässlichere Buszeiten, bessere Baustelleninformationen, messbar weniger Such- und Ausweichverkehr und nachvollziehbare Prioritäten bei Verkehrsprojekten.

6.5 Faires Parken: Alternativen stärken, Abhängigkeiten ernst nehmen

Oldenburg ist Ziel für Stadt und Umland: Kultur, Gastronomie, Handel, Märkte, Veranstaltungen, Arbeit, Arztbesuche, Verwaltung und Bildung ziehen Menschen an. Gleichzeitig wird Parken knapper, teurer und konfliktreicher.

Verkehrswende ist wichtig. Aber sie darf nicht bedeuten, Menschen zu bestrafen, die wegen Alter, Behinderung, Arbeitszeiten, Familie, Pflege, Handwerk, schlechter Anbindung oder Umlandpendeln auf das Auto angewiesen sind.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Wer nur Parkplätze verteuert, ohne Alternativen zu schaffen, macht keine Verkehrswende.
Er verschiebt Ärger.

Unser Ziel ist faires Parken: Wer gute Alternativen nutzen kann, soll leichter umsteigen. Wer auf das Auto angewiesen ist, darf nicht zusätzlich belastet werden.

Was wir konkret tun:

- Parkzonen und Parkgebühren fairer steuern: Die Stadt soll prüfen, ob dynamische oder differenzierte Modelle helfen können, Spitzenzeiten zu entzerren und Parkdruck besser zu verteilen und damit Staus und Stress zu reduzieren.
- Eine Online-Auslastungsanzeige für Parkraum ausbauen: Wer vor der Fahrt sehen kann, wie stark Parkhäuser und Parkflächen ausgelastet sind, kann informierter entscheiden.
- Private Parkraumbetreiber freiwillig einbinden: Wenn private Anbieter Auslastungsdaten teilen, entsteht ein besseres Gesamtbild.
- Park-and-Ride attraktiver machen: Wer aus dem Umland oder schlecht angebundenen Stadtteilen kommt, soll günstiger und stressfreier in die Innenstadt gelangen können.
- Kombitickets prüfen: Park-and-Ride-Tickets sollen testweise zugleich als ÖPNV-Tickets gelten können, besonders bei Kramermarkt, Weihnachtsmarkt, Stadtfesten, Fußballspielen und Großveranstaltungen.
- Sonderregelungen praktikabel gestalten: Menschen mit Behinderung, Pflegeverkehre, Handwerk, Lieferverkehr und schlecht angebundene Ortsteile brauchen verlässliche Lösungen statt pauschaler Belastung.
- Shared-Mobility-Hubs und On-Demand-Angebote prüfen: Umstieg funktioniert nur, wenn Alternativen tatsächlich nutzbar sind.
- Parksuchverkehr reduzieren: Bessere Information, klare Führung und intelligente Steuerung können Innenstadt, Anwohnende und Klima entlasten.

Das bringt es den Menschen:

Menschen aus dem Umland und Pendelnde erhalten Angebote, die ihre Realität ernst nehmen. Innenstadtbewohnerinnen und Innenstadtbewohner erleben weniger Parkdruck. Autofahrende profitieren von klareren Informationen. Handel und Gastronomie bleiben erreichbar. Klima und Stadtraum profitieren, weil knapper Raum bewusster genutzt wird.

Woran man Fortschritt erkennt:

Bessere Auslastungsdaten, weniger Parksuchverkehr, attraktivere Park-and-Ride-Angebote, nachvollziehbare Sonderregelungen und mehr Nutzung echter Alternativen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

6.6 Wohnen, Schule und Kita zusammen denken

Wohnungsbau allein löst keine Wohnungsfrage. Wenn Kitas fehlen, Schulwege unsicher sind, Sportflächen knapp werden, Busse nicht mitwachsen oder Grünflächen verschwinden, entstehen keine lebendigen Quartiere, sondern neue Probleme.

Oldenburg braucht schnelleren Wohnungsbau, aber keinen blinden Flächenverbrauch. Neue Quartiere müssen von Anfang an als vollständige Nachbarschaften geplant werden.

Eine Stadt darf nicht erst bauen und danach feststellen, dass Schulen, Kitas, Wege, Spielplätze, Grünflächen und Begegnungsorte fehlen.

Wer bezahlbares Wohnen verspricht, muss Sozialquoten verteidigen, wenn es konkret wird. Wer Familien entlasten will, darf Kita- und Schulplanung nicht als Nachtrag behandeln.

Was wir konkret tun:

- Infrastrukturcheck vor größeren Baugebieten einführen: Kita, Schule, Schulweg, ÖPNV, Nahversorgung, Sport, Grün, Regenwasser, Spielplätze und soziale Treffpunkte müssen vor Beschluss geprüft werden.
- Naturschutzcheck vor größeren Bau- und Verkehrsentscheidungen: Arten, Baumbestand, Versiegelung, Wasserhaushalt, Moorböden, Kaltluft, Grünverbindungen und Ausgleichsflächen sollen frühzeitig öffentlich bewertet werden.
- Bezahlbares Wohnen auf städtischen Flächen verbindlich sichern: Konzeptvergabe statt reiner Höchstpreislogik, mit sozialen und ökologischen Kriterien und klaren Mindeststandards zur Sozialquote.
- Nachträgliche Absenkung sozialer Standards erschweren: Was sozial beschlossen wurde, darf nicht leise kleiner werden, sobald ein Projekt unbequem wird.
- Bauverfahren beschleunigen, ohne Beteiligung zu streichen: Frühe Beteiligung, digitale Pläne, klare Fristen, standardisierte Unterlagen und bessere Schnittstellen können Verfahren schneller und transparenter machen.
- Junge Menschen beim Wohnen mitdenken: Kleine Wohnungen, Azubi-Wohnen, Studierendenwohnen, Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger sollen stärker berücksichtigt werden.
- Kita-Bedarfe transparenter machen: Eltern brauchen verständliche Informationen über Bedarf, vorhandene Plätze, geplante Plätze und Wartezeiten in den Stadtteilen.

- Kita-Vergabe verständlicher machen: Familien sollen nachvollziehen können, welche Schritte laufen, welche Unterlagen fehlen und wann mit Rückmeldung zu rechnen ist.
- Schulbau- und Sanierungsmonitor einführen: Zustand, geplante Sanierungen, Kosten, Zeitpläne und Prioritäten bei Schulen sollen öffentlich verständlich dargestellt werden.
- Schulwege als Pflichtaufgabe behandeln: Bei jeder größeren Schul-, Kita- oder Quartiersplanung sollen sichere Fuß- und Radwege, Querungen, Beleuchtung, Hol- und Bringzonen, Busanbindung und Barrierefreiheit verbindlich mitgeprüft werden.
- Schul-IT professionell organisieren: Lehrkräfte sind keine Informatiker. Schulen brauchen verlässliche IT-Strukturen, klare Zuständigkeiten, feste Reaktionszeiten, Informationssicherheit, Medienkompetenz, KI-Kompetenz und datenschutzfreundliche Lösungen.
- Jugendbudgets für schnelle Ideen prüfen: Jugendliche sollen eigene kleine Projekte in Schule, Stadtteil, Sport, Kultur, Klimaschutz oder digitaler Teilhabe unkompliziert beantragen können.
- Jugendorte ohne Konsumzwang stärken: Oldenburg braucht Orte, an denen Jugendliche sich treffen können, ohne ständig etwas kaufen zu müssen.

Das bringt es den Menschen:

Familien, Kinder und Jugendliche bekommen kürzere Wege, bessere Betreuung und sichere Schulwege. Mietende und Wohnungssuchende profitieren von mehr bezahlbarem Wohnraum. Schulen und Kitas werden nicht erst nachträglich unter Druck gesetzt. Nachbarschaften wachsen geordneter, sozialer und mit mehr Grün. Junge Menschen bekommen mehr echte Beteiligung.

Woran man Fortschritt erkennt:

Öffentliche Kita- und Schulübersichten, verbindliche Infrastrukturchecks, transparente Sozialquoten, sichtbare Schulwegsicherheit, Sanierungsmonitor und nachvollziehbare Quartiersplanung.

6.7 Wohnraum sichern, Leerstand nutzen, Verdrängung verhindern

Bezahlbares Wohnen entsteht nicht dadurch, dass irgendwo gebaut wird. Entscheidend ist, was gebaut wird, für wen gebaut wird, wie lange Wohnungen bezahlbar bleiben und ob Menschen mit normalem Einkommen überhaupt noch eine Chance haben.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Oldenburg braucht Wohnungen für Familien, Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Beschäftigte in Pflege, Handwerk, Gastronomie, Verwaltung und Bildung. Eine Stadt funktioniert nicht, wenn diejenigen, die sie am Laufen halten, sich das Leben in ihr kaum noch leisten können.

Andere reden von Wohnungsbau und meinen oft nur mehr Quadratmeter. Wir reden von Wohnraum, der tatsächlich bewohnbar, bezahlbar, erreichbar und sozial abgesichert ist.

Wer Sozialquoten im Wahlkampf verspricht und sie später bei konkreten Projekten weichzeichnet, betreibt keine soziale Wohnungspolitik. Er verschiebt Verantwortung auf diejenigen, die am wenigsten ausweichen können.

Wohnungsbau darf nicht nur in Quadratmetern gemessen werden. Er muss daran gemessen werden, ob er soziale Stabilität schafft.

Was wir konkret tun:

- **Leerstand und Zweckentfremdung transparenter machen:** Die Stadt soll prüfen, wie Wohnungsleerstand, dauerhafte Zweckentfremdung und spekulatives Zurückhalten von Wohnraum besser erkannt und bearbeitet werden können.
- **Sozialquoten verbindlich sichern:** Sozialquoten dürfen nicht nachträglich abgeschwächt werden. Wer bezahlbares Wohnen zusagt, muss diese Zusage über den gesamten Projektverlauf einhalten.
- **Konzeptvergabe auf städtischen Flächen stärken:** Städtische Grundstücke sollen nicht allein nach Höchstpreis vergeben werden. Bezahlbarkeit, Gemeinwohl, Energie, Barrierefreiheit, Familienfreundlichkeit, Klimaanpassung und soziale Infrastruktur müssen noch stärker zählen.
- **Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger unterstützen:** Wohnungsbau durch Genossenschaften, Stiftungen, soziale Träger und andere gemeinwohlorientierte Akteure soll bei geeigneten Flächen und Projekten bevorzugt geprüft werden.
- **Erbbaurecht und aktive Bodenpolitik prüfen:** Wo es sinnvoll ist, soll die Stadt Flächen langfristig in öffentlicher Hand halten, statt sie dauerhaft aus der Hand zu geben. Boden ist keine beliebig vermehrbare Ressource. Dabei sollen klimatisch sinnvolle Projekte bevorzugt werden z.B. durch den Bau von Mehrfamilienhäusern statt Einfamilienhäusern.
- **Housing-First-Ansätze ausbauen und auswerten:** Wohnungslosigkeit wird nicht gelöst, indem Menschen dauerhaft durch Notunterkünfte und Zuständigkeiten wandern. Wer eine Wohnung hat, kann andere Probleme oft besser stabilisieren.

- Miet- und Wohnraumberatung sichtbarer machen: Menschen in Mietkonflikten, bei drohendem Wohnungsverlust, bei Barrieren im Wohnumfeld oder bei Überforderung durch Anträge brauchen früh verständliche Unterstützung.
- Barrierearmes und altersgerechtes Wohnen mitdenken: Wohnungsbau muss stärker auf demografische Veränderungen reagieren. Wer im Alter länger selbstständig wohnen kann, entlastet Pflege, Angehörige und soziale Systeme.
- Neue Quartiere sollen Gewerbe- und Wohnflächen miteinander vereinen um das Konzept von „Walkable Neighbourhoods“ weiter auszubauen und damit den Menschen bessere Lebensqualität geben und eine direkte Anbindung an notwendige Dienstleistungen im Alltag.

Das bringt es den Menschen:

Wohnungssuchende erhalten mehr echte Chancen. Familien, ältere Menschen, Studierende, Auszubildende und Menschen mit wenig Einkommen werden nicht aus der Stadt gedrängt. Die Stadt behält mehr Steuerungsmöglichkeiten über Flächen, Bezahlbarkeit und soziale Mischung.

Woran man Fortschritt erkennt:

Transparente Sozialquoten, weniger unklarer Leerstand, mehr Konzeptvergaben, mehr gemeinwohlorientierte Wohnprojekte, sichtbare Housing-First-Auswertung und bessere Beratung bei drohendem Wohnungsverlust sowie klimafreundlichere Stadtentwicklung.

6.8 Mehr Grün, mehr Naturschutz, mehr Schatten, mehr Wasserkompetenz

Stadtgrün wird oft behandelt, als ginge es um Verschönerung. Tatsächlich geht es um Gesundheit, Kühlung, Regenwasserrückhalt, Aufenthaltsqualität und den Wert von Quartieren.

Oldenburg spürt längst, was Hitze, Starkregen, Trockenheit und versiegelte Flächen bedeuten: auf Schulwegen, an Haltestellen, auf Spielplätzen, in engen Straßen, auf öffentlichen Plätzen und in Quartieren, in denen Schatten fehlt.

Stadtgrün ist keine Dekoration. Es ist Vorsorge.

Und Naturschutz ist keine Nebensache. Alte Bäume, Feuchtflächen, Wiesen, Moorböden, Hecken, Gewässerränder und zusammenhängende Lebensräume erfüllen Aufgaben, die sich nicht einfach durch spätere Ausgleichsflächen ersetzen lassen. Ein alter Baum ist nicht durch einen jungen Baum gleichwertig ersetzt. Ein zerstörter Feuchtlebensraum ist nicht durch ein Schild „Ausgleich“ wiederhergestellt.

Wer Grün schützt, muss es tun, bevor der Bagger kommt - nicht erst in der Pressemitteilung danach.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Was wir konkret tun:

- Schatten dorthin bringen, wo Menschen warten und gehen: Schulwege, Haltestellen, Spielplätze, Senioreneinrichtungen, Wartebereiche und stark genutzte Plätze sollen Priorität bekommen.
- Entsiegelungsprogramm für geeignete städtische Flächen starten: Parkbuchten, Schulhöfe, Plätze, Randstreifen, Innenhöfe und versiegelte Nebenflächen sollen geprüft werden.
- Schwammstadt-Prinzip in Bau- und Straßenprojekten verankern: Wasser halten, versickern lassen, speichern und erst dann ableiten.
- Hitzeschutzpunkte sichtbar machen: Öffentliche Gebäude, Grünflächen, Kirchen, Bibliotheken, Stadtteiltreffs und beschattete Plätze sollen als kühle Orte kommuniziert werden.
- Baumschutz praktisch stärken: bessere Pflege, rechtzeitige Nachpflanzung, transparente Begründung bei Fällungen und Ausbau eines öffentlichen Baumkatasters.
- Baumschutzsatzung wirksam und bürgernah anwenden: Bürgerinnen und Bürger brauchen klare Beratung, einfache Anträge und nachvollziehbare Entscheidungen.
- Alte Bäume besonders schützen: Fällungen alter Bäume müssen streng begründet, öffentlich nachvollziehbar und durch wirksame Ersatzmaßnahmen begleitet werden.
- Baumscheiben und Wurzelräume verbessern: Mehr offene Baumscheiben, bessere Standortbedingungen, Schutz bei Baustellen und Pflege, die Bäume langfristig erhält.
- Masterplan Stadtgrün mit Ressourcen hinterlegen: Jährlich soll öffentlich sichtbar werden, welche Maßnahmen umgesetzt wurden, welche Mittel bereitstehen und wo politische Entscheidungen fehlen.
- Versiegelung sichtbar machen und begrenzen: Oldenburg soll nachvollziehbar darstellen, wo Flächen neu versiegelt, entsiegelt oder ökologisch aufgewertet werden.
- Biotopverbund stärken: Grünflächen, Gewässerränder, Wallhecken, Parks, Friedhöfe, Schulhöfe, Gärten, Wiesen und Straßenbegleitgrün sollen stärker als zusammenhängendes Netz gedacht werden.

- Naturnahe Pflege öffentlicher Flächen ausbauen: Wo fachlich sinnvoll, sollen heimische Pflanzen, Blühflächen, weniger häufiges Mähen, Totholzbereiche und Laub als Lebensraum genutzt werden.
- Schutzwürdige Flächen ernsthaft prüfen: Heidbrook, Klostermark Blankenburg, Moorplacken und andere fachlich diskutierte Bereiche brauchen offene ökologische Bewertung, Alternativenprüfung, Beteiligung und nachvollziehbare Entscheidungen.
- Moorböden als Klimaschutz ernst nehmen: Ein öffentliches Moorboden- und Wiedervernässungsbild soll zeigen, welche Flächen es gibt, welche Optionen bestehen, welche Konflikte existieren und welche Fördermittel nutzbar sind.
- Ausgleich in Oldenburg selbst priorisieren: Wenn Natur vor Ort verloren geht, darf Ausgleich nicht nur rechnerisch irgendwo anders stattfinden. Lebensqualität, Kühlung, Wasseraufnahme und Artenvielfalt müssen dort gestärkt werden, wo Menschen sie brauchen.

Das bringt es den Menschen:

Ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich belastete Personen werden bei Hitze besser geschützt. Quartiere werden angenehmer und widerstandsfähiger. Eigentümerinnen und Eigentümer profitieren von weniger Starkregenrisiken. Stadtfinanzen werden langfristig entlastet, weil Vorsorge günstiger ist als Schadensreparatur. Natur und Artenvielfalt erhalten mehr vernetzte Lebensräume.

Woran man Fortschritt erkennt:

Mehr Schattenpunkte, mehr entsiegelte Flächen, öffentliches Baumkataster, nachvollziehbare Fällentscheidungen, sichtbare Schwammstadt-Projekte, besserer Biotopverbund und transparente Prüfung schutzwürdiger Flächen.

6.9 Bürgergärten und Schulgärten: die Stadt gemeinsam pflegen

Viele Menschen wünschen sich mehr Grün, mehr Begegnung und mehr praktischen Naturbezug. Gleichzeitig scheitern gute Ideen oft an fehlenden Flächen, Wasseranschlüssen, Werkzeug, Koordination und Versicherungssicherheit.

Bürgergärten und Schulgärten sind mehr als Grünflächen. Sie sind Lernorte, Begegnungsorte und ein Stück gemeinsamer Verantwortung für die Stadt.

Oldenburg braucht keine Naturbildung, die nur auf Arbeitsblättern stattfindet. Kinder und Jugendliche sollen Boden, Pflanzen, Ernährung, Insekten, Wasser und Verantwortung praktisch erleben können.

Was wir konkret tun:

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

- Ein kommunales Programm „Oldenburg gärtner“ prüfen: kleine Flächen, Hochbeete, Wasserzugänge, Kompostlösungen, Patenschaften und einfache Antragswege.
- Schulgärten in Kooperation mit Schulen, Kitas, RUZ, Stadtteiltreffs, Kleingartenvereinen, regionalen Betrieben und Freiwilligen fördern.
- Praktisches Lernen ermöglichen: Kinder und Jugendliche sollen Natur nicht nur abstrakt kennenlernen, sondern mit Erde unter den Fingern.
- Bürgergärten als Begegnungsorte für Jung und Alt stärken, besonders in Quartieren mit wenig privatem Grün.
- Pflege, Ernte und Verantwortung langfristig regeln, damit Projekte nicht nach dem ersten Jahr einschlafen.
- Heimische und insektenfreundliche Pflanzen fördern: Bürgergärten, Schulgärten und öffentliche Pflanzprojekte sollen Lebensräume für Wildbienen, Schmetterlinge, Käfer, Vögel und andere Arten schaffen.
- Naturbildung mit Oldenburger Bezug stärken: Hunte, Haaren, Everstenmoor, Wallhecken, Stadtbäume, Schulgärten, Gewässerränder und heimische Arten sollen sichtbar in Bildungsangebote einfließen.
- Material- und Werkzeugpools prüfen, damit Schulen, Kitas und Nachbarschaften niedrigschwelliger starten können.

Das bringt es den Menschen:

Kinder und Jugendliche lernen Natur, Ernährung und Verantwortung praktisch kennen und verstehen den Wert und die Notwendigkeit der Natur, die sie umgibt. Ältere Menschen und Nachbarschaften bekommen Begegnung und Bewegung im Quartier. Schulen und Kitas erhalten Lernorte direkt vor Ort. Stadtklima und Artenvielfalt profitieren von kleinen, vernetzten Grünflächen. Regionale Betriebe können Wissen, Material und Partnerschaften einbringen.

Woran man Fortschritt erkennt:

Mehr Schulgärten, mehr nutzbare Bürgergartenflächen, einfache Antragswege, langfristige Patenschaften und sichtbare Naturbildungsprojekte in den Stadtteilen.

6.10 Innenstadt, Sauberkeit, Sicherheit und Teilhabe

Oldenburgs Innenstadt ist mehr als eine Einkaufsstraße. Sie ist Treffpunkt, Arbeitsort, Wohnort, Kulturraum, Verwaltungsweg, Markt, Ausgehört und Visitenkarte der Stadt. Genau deshalb fällt es sofort auf, wenn Leerstand, Schmutz, kaputte Wege, dunkle Ecken, fehlende Toiletten, zu wenig Schatten oder unklare Wege den Alltag schlechter machen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Eine Innenstadt wird nicht dadurch lebendig, dass man sie in Konzepten schön beschreibt. Sie wird lebendig, wenn Menschen sich dort gerne aufhalten: tagsüber, abends, mit Kindern, im Alter, mit Rollator, mit Fahrrad, nach der Arbeit, vor dem Bus, zwischen zwei Terminen oder ohne Geld für Konsum.

Andere Parteien reden gern über die große Zukunft der Innenstadt. Wir fangen bei den Dingen an, die Menschen sofort merken: Licht, Sauberkeit, Sitzplätze, Toiletten, Schatten, Barrierefreiheit, Leerstandsnutzung, sichere Wege und schnelle Reaktion auf Mängel.

Sicherheit entsteht nicht durch symbolische Härte und nicht durch pauschale Überwachung. Sicherheit entsteht durch gute Gestaltung, soziale Präsenz, funktionierende Infrastruktur, Beleuchtung, saubere Orte, erreichbare Hilfe und eine Stadt, die Probleme nicht liegen lässt.

Was wir konkret tun:

- Ein Innenstadtprogramm mit kleinen, schnellen Verbesserungen starten: Sitzgelegenheiten, Schatten, Beleuchtung, saubere Wege, Toiletten, Trinkwasserpunkte und bessere Orientierung.
- Barrierefreiheit bei Umbauten als Standard behandeln: Bordsteine, Pflaster, Querungen, taktile Elemente sowie digitale und analoge Beschilderung.
- Öffentliche Toiletten dort stärken, wo Menschen lange unterwegs sind: Innenstadt, Spielplätze, zentrale Plätze und wichtige Wegebeziehungen.
- Stadtteilbudgets ausbauen: Kleine Verbesserungen sollen nicht jahrelang warten, wenn sie im Quartier klar gewünscht sind.
- Sicherheit durch Gestaltung und Präsenz verbessern: Beleuchtung, Sichtbeziehungen, soziale Ansprechbarkeit und Prävention statt reiner Symbolpolitik.
- Videoüberwachung nur nach strenger Prüfung: Welches konkrete Problem soll gelöst werden? Warum reichen mildere Mittel nicht aus? Wie lange gilt die Maßnahme? Wer wertet Daten aus? Wann wird überprüft, ob sie wirkt?
- Mängelmelder verbessern: Kaputte Beleuchtung, Müll, Barrieren, defekte Ampeln, beschädigte Wege und gefährliche Stellen sollen einfach gemeldet und mit Bearbeitungsstand verfolgt werden können.
- Streetwork, Awareness und Konfliktvermittlung stärken: Gerade Innenstadt, Bahnhofsumfeld, Lappan, Schlossplatz, Pferdemarkt und stark genutzte Treffpunkte brauchen Ansprechbarkeit, Deeskalation und Hilfe.

- Sauberkeit planbar organisieren: Reinigung, Müllbehälter, Toiletten, Glascontainer und stark genutzte Wege sollen nach tatsächlicher Nutzung geplant werden.
- Nachtleben und Anwohnende zusammendenken: Kultur, Gastronomie, Clubs, Veranstaltungen und Ruhebedürfnisse brauchen klare Konzepte, Nachtmobilität, Awareness-Strukturen und Dialog.

Das bringt es den Menschen:

Ältere Menschen, Familien und Menschen mit Behinderung können die Innenstadt länger und selbstständiger nutzen. Handel, Gastronomie und Kultur profitieren von mehr Aufenthaltsqualität. Jugendliche und Studierende bekommen öffentliche Orte ohne Konsumzwang. Anwohnende erleben weniger Verwahrlosung. Menschen fühlen sich sicherer, ohne dass Grundrechte zur Nebensache werden.

Woran man Fortschritt erkennt:

Mehr nutzbare Sitz- und Schattenorte, bessere Toilettenversorgung, weniger Mängel im öffentlichen Raum, schnellere Reaktion auf Meldungen, sichtbare Barrierefreiheit und Sicherheitsmaßnahmen mit überprüfbarer Wirkung.

6.11 Wärmeplanung und Energie: Klarheit statt Schlagworte

Viele Menschen sind bei Wärmeplanung, Heizungstausch, Sanierung und Energiekosten verunsichert. Kommunale Wärmeplanung darf nicht als abstraktes Klimapapier im Netz stehen. Sie muss zu verständlicher Beratung, Quartierslösungen und Planungssicherheit führen.

Wer heute ein Haus besitzt, mietet, saniert oder investiert, braucht Klarheit und keine Schlagworte.

Energiepolitik wird vor Ort konkret: in Wohnungen, Häusern, Quartieren, Betrieben und öffentlichen Gebäuden.

Was wir konkret tun:

- Wärmeplanung quartiersverständlich veröffentlichen: Was bedeutet der Plan für mein Viertel, mein Gebäude, meine Straße?
- Beratungsangebote bündeln: Stadt, Energieversorger, Verbraucherberatung, Handwerk und Fachstellen sollen verständlicher zusammengeführt werden.
- Soziale Härten vermeiden: Förderwege erklären, Sanierung nicht gegen Mieterinnen und Mieter ausspielen und Energiearmut ernst nehmen.
- Städtische Gebäude transparent machen: Energieverbrauch, Sanierungsfahrplan und Fortschritt sollen nachvollziehbar veröffentlicht werden.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

- Abwärme, erneuerbare Wärme, Wärmenetze und dezentrale Lösungen sachlich vergleichen, statt eine Einheitslösung zu behaupten.
- Handwerk und Energiebranche früh einbinden: Kapazitäten, Fachkräfte und Umsetzbarkeit müssen realistisch berücksichtigt werden.
- Datenschutz bei Energiedaten achten: Planung braucht Daten, aber keine unnötige Offenlegung privater Lebensverhältnisse.

Das bringt es den Menschen:

Mieterinnen, Mieter und Eigentümer bekommen mehr Planungssicherheit und bessere Beratung. Handwerk und Energiebranche können Kapazitäten realistischer planen. Stadtfinanzen profitieren von geringeren Energiekosten in öffentlichen Gebäuden. Klima und Gesundheit profitieren von weniger Emissionen und besserer Luft.

Woran man Fortschritt erkennt:

Quartiersverständliche Wärmeinformationen, sichtbare Sanierungsprioritäten städtischer Gebäude, bessere Beratungsangebote, transparente Förderwege und klarere Entscheidungen über Wärmenetze und Alternativen.

6.12 Sport, Vereine und Stadion: kein Blankoscheck, keine Blockade

Das Stadion ist längst mehr als ein Sportprojekt. Es ist ein Test dafür, wie Oldenburg mit großen Entscheidungen, öffentlichen Geldern, Folgekosten und Vertrauen umgeht.

Wir wissen: Viele Menschen wünschen sich gute Bedingungen für den VfB, für Sportveranstaltungen und für eine moderne Sportstadt. Das ist legitim. Aber genauso legitim ist die Frage, was ein solches Projekt am Ende wirklich kostet, welche Risiken bleiben, welche Verpflichtungen die Stadt eingeht und was dadurch an anderer Stelle schwerer finanzierbar wird.

Wer diese Fragen stellt, ist nicht gegen Sport. Wer diese Fragen nicht stellen will, ist gegen Kontrolle.

Andere machen es sich zu leicht, wenn sie Kritik als Störung behandeln oder Begeisterung als Finanzplan verkaufen. Ein Stadion entsteht nicht dadurch, dass man Zweifel wegmoderiert. Und solide Haushaltspolitik entsteht nicht dadurch, dass man Kosten erst dann erklärt, wenn politisch kaum noch etwas korrigierbar ist.

Für uns gilt deshalb: kein Stadion auf Vertrauensvorschuss, kein Blankoscheck aus öffentlichem Geld aber vor allem keine Blockade aus Prinzip. Wir wollen vollständige Kostenklarheit, transparente Verträge, klare Folgekosten, Schutz des Breitensports und eine offene Darstellung aller Risiken.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Oldenburg darf nicht erst nach dem Bau erfahren, welche Rechnung die Stadt dauerhaft zu tragen hat.

Was wir konkret tun:

- Kein Stadion ohne vollständige Kostenklarheit: Kosten, Folgekosten, Verträge, Risiken, Verkehr, Anwohnerschutz und Nutzen für den Breitensport müssen öffentlich auf den Tisch. Zusätzlich soll geprüft werden, ob ein Bürgerentscheid über Änderung, Begrenzung oder Rückabwicklung rechtlich möglich ist und welche Kosten dadurch entstehen würden. Ein Großprojekt darf nicht dadurch unangreifbar werden, dass seine Folgen zu spät erklärt werden.
- Rechtliche und politische Spielräume transparent darstellen: Wenn Änderungen, Begrenzungen oder Rückabwicklung noch möglich sind, müssen Kosten und Folgen ehrlich benannt werden.
- Bürgerinnen und Bürgern Klarheit geben: Aus einem Projekt darf kein Dauerfakt werden, bevor Nutzen, Risiken und Folgekosten verständlich auf dem Tisch liegen.
- Keine Großprojekte ohne Kosten- und Folgekostenblatt: Das gilt nicht nur für Sport, sondern für alle großen städtischen Investitionen.
- Anwohnende früh schützen: Verkehr, Lärm, Parken, Transport und Veranstaltungsspitzen müssen verbindlich geregelt werden.
- Breitensport nicht gegen Profisport ausspielen: Sporthallen, Plätze, Vereine, Ehrenamt, Schwimmbildung, Schulsport, inklusive Angebote und offene Bewegungsflächen bleiben kommunale Kernaufgaben.
- Kostensteigerungen sofort offenlegen: Nachträge und Risiken müssen früh öffentlich werden, nicht erst, wenn sie politisch kaum noch korrigierbar sind.
- Sportstättenmonitor einführen: Zustand, Belegung, Sanierungsbedarf, Barrierefreiheit, Energieverbrauch und geplante Maßnahmen bei Sporthallen, Plätzen und Bädern sollen transparent dargestellt werden.
- Ehrenamt entlasten: Anträge, Nachweise und Förderverfahren für Vereine sollen einfacher und digital nachvollziehbarer werden, ohne persönliche Beratung abzuschaffen.
- Offene Sportflächen fördern: Skateflächen, Calisthenics, Bolzplätze, Laufstrecken und barrierearme Bewegungsorte sollen in den Stadtteilen mitgedacht werden.
- Schwimmenlernen stärken: Schwimmunterricht, Vereine, Schulen und Bäderplanung müssen gemeinsam betrachtet werden.

Das bringt es den Menschen:

Vereine, Jugendliche und Sporttreibende erhalten fairere Prioritäten. Steuerzahlende sehen Kosten und Risiken klarer. Anwohnende werden bei Verkehr, Lärm und Nutzung nicht nachträglich überrascht. Innenstadt und Wirtschaft profitieren, wenn Veranstaltungen gut angebunden sind. Das Stadion wird in eine Gesamtstrategie eingebettet statt isoliert diskutiert.

Woran man Fortschritt erkennt:

Öffentliche Kosten- und Folgekostenblätter, transparenter Sportstättenmonitor, weniger Überraschungen bei Großprojekten, klare Anwohnerschutzkonzepte und sichtbare Verbesserungen für den Breitensport.

6.13 Wirtschaft, Handwerk, Wissenschaft und Gründungen: weniger Hürden, mehr Verlässlichkeit

Oldenburg braucht eine starke lokale Wirtschaft. Aber Stärke entsteht nicht nur durch große Ansiedlungen. Sie entsteht durch Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen, Einzelhandel, Gastronomie, soziale Unternehmen, IT, Kreativwirtschaft, Hochschulen, Forschung, Start-ups, Landwirtschaft im Umland und Menschen, die gründen oder Verantwortung übernehmen wollen.

Viele Probleme sind sehr konkret: lange Genehmigungen, unklare Zuständigkeiten, schlechte Planbarkeit, Baustellen, fehlende Daten, komplizierte Vergaben, Fachkräftemangel, Raumprobleme und digitale Verfahren, die nicht wirklich digital sind.

Wer ein Geschäft führt, einen Betrieb erweitert, ausbildet oder gründet, braucht keine Sonntagsreden. Er braucht verlässliche Verfahren.

Eine wirtschaftsfreundliche Stadt ist nicht die Stadt mit den größten Versprechen. Es ist die Stadt, in der Dinge planbar funktionieren.

Was wir konkret tun:

- Digitalen Unternehmensservice mit Bearbeitungsstand einführen: Gewerbeanliegen, Sondernutzungen, Genehmigungen, Baustelleninformationen und städtische Rückmeldungen sollen nachvollziehbarer werden.
- One-Stop-Prinzip für Gründungen und kleine Betriebe stärken: Wer gründet oder ein kleines Unternehmen führt, soll nicht von Stelle zu Stelle geschickt werden.
- Vergaben transparenter machen: Städtische Beschaffung und Ausschreibungen sollen verständlicher, digital auffindbar und für kleine lokale Anbieter besser zugänglich werden.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

- Fairen Wettbewerb stärken: Transparenz schützt vor Filz und gibt lokalen Anbieterinnen und Anbietern bessere Chancen.
- Leerstand und Gewerbeflächen sichtbar machen: Gemeinsam mit Eigentümerinnen, Eigentümern und Wirtschaftsförderung soll eine bessere Übersicht über Flächen, Leerstände und Zwischennutzungsmöglichkeiten entstehen.
- Handwerk und Lieferverkehr früh beteiligen: Verkehrs- und Baustellenplanung muss Handwerk, Pflege, Lieferdienste, Rettungswege und Betriebe von Anfang an mitdenken.
- Oldenburg als IT- und Sicherheitsstandort stärken: Hochschulen, Verwaltung und Unternehmen sollen stärker bei digitaler Souveränität, Open Source, Informationssicherheit, Automatisierung und gemeinwohlorientierter Digitalisierung zusammenarbeiten.
- Kooperation mit Universität, Jade Hochschule und regionalen Partnern ausbauen: Digitalisierung, Energie, Mobilität, Gesundheit, Pflege, Bildung und Klimaanpassung sollen stärker in konkreten Projekten verbunden werden.
- Bürokratiekosten sichtbar machen: Die Stadt soll prüfen, wo Verfahren für Betriebe, Vereine und Träger unnötig Zeit binden und wie diese Abläufe vereinfacht werden können.

Das bringt es den Menschen:

Betriebe, Handwerk und Gründende sparen Zeit und bekommen verlässlichere Verfahren. Die Stadt stärkt Einnahmen, Ausbildung und Arbeitsplätze, ohne blinde Subventionspolitik. Kleine lokale Anbieter erhalten fairere Chancen bei städtischen Aufträgen. Leerstände können schneller genutzt werden. Wissenschaft und Praxis kommen näher zusammen.

Woran man Fortschritt erkennt:

Schnellere Genehmigungen, nachvollziehbare Bearbeitungsstände, transparentere Vergaben, bessere Baustellenkommunikation, nutzbare Leerstandsübersichten und mehr konkrete Kooperationsprojekte.

6.14 Kultur, Ehrenamt und offene Räume: Oldenburg gemeinsam beleben

Kultur und Ehrenamt sind keine freiwillige Dekoration. Sie machen Oldenburg lebendig. Sie schaffen Begegnung, Bildung, Identität, Debatte, Integration, Freizeit und Zusammenhalt.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Viele Initiativen, Vereine, freie Kulturorte, Musikgruppen, Nachbarschaftsprojekte und junge Formate stehen vor ähnlichen Problemen: fehlende Räume, steigende Kosten, komplizierte Anträge, unsichere Förderung und wenig Planungssicherheit.

Oldenburg braucht große Kulturinstitutionen. Aber Oldenburg braucht auch kleine Bühnen, Proberäume, Clubs, Bibliotheken, Stadtteilkultur, Maker- und Repair-Orte, Jugendkultur, Medienarbeit und Räume, in denen Menschen selbst etwas aufbauen können.

Eine Stadt, die Engagement lobt, darf Engagierte nicht in Formularen verlieren.

Was wir konkret tun:

- Kulturförderung transparenter machen: Förderkriterien, Fristen, Entscheidungen und Mittelverwendung sollen verständlicher werden.
- Raum-auf-Zeit ausbauen: Leerstände sollen leichter temporär für Kultur, Vereine, Jugendprojekte, Repaircafés, Ausstellungen, Proben, Workshops und soziale Initiativen genutzt werden können.
- Bibliotheken als Orte digitaler Teilhabe stärken: Bibliotheken sind Lernorte, Medienorte, Zugangspunkte zu digitaler Bildung, Beratung und Begegnung.
- Proberäume und Jugendkultur ermöglichen: Musik, Theater, Medien, Gaming, Kunst, Nachtkultur und junge Formate brauchen bezahlbare und erreichbare Räume.
- Ehrenamt entbürokratisieren: Vereine und Initiativen sollen weniger Zeit mit Formularen verbringen und mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit haben.
- Stadtteilkultur stärken: Kultur soll nicht nur in der Innenstadt stattfinden. Stadtteile brauchen eigene Orte, kleine Budgets, verlässliche Räume und sichtbare Unterstützung.
- Kulturelles Erbe digital sichern: Stadtgeschichte, Film, Foto, Archive, Erinnerungsarbeit und lokale Medienbestände sollen besser digitalisiert, zugänglich gemacht und für Bildung nutzbar werden.
- Förderverfahren nachvollziehbar machen: Wer eine Absage bekommt, soll verstehen können, warum - und was beim nächsten Antrag besser sein muss.

Das bringt es den Menschen:

Kultur wird zugänglicher und vielfältiger. Vereine und Initiativen werden entlastet. Leerstände können sinnvoll genutzt werden. Jugendliche und junge Erwachsene bekommen Räume für eigene Ideen. Stadtteile werden lebendiger, ohne dass alles auf die Innenstadt konzentriert wird.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Woran man Fortschritt erkennt:

Einfachere Förderverfahren, mehr temporär nutzbare Räume, bessere Proberaum- und Jugendkulturangebote, stärkere Stadtteilkultur und weniger bürokratische Belastung für Ehrenamtliche.

6.15 Vielfalt, Integration und Antidiskriminierung: Rechte praktisch nutzbar machen

Eine Stadt ist nur dann offen, wenn Menschen ihre Rechte tatsächlich nutzen können. Ein Streifen auf dem Boden ist ein Anfang und ein wichtiges Bekenntnis zur Identität der Stadt.

Sprache, Behinderung, Herkunft, Einkommen, Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, digitale Hürden oder Diskriminierung dürfen nicht darüber entscheiden, ob jemand Beratung bekommt, an Beteiligung teilnehmen kann oder sich sicher im öffentlichen Raum bewegt.

Integration und Vielfalt sind keine Sonderthemen. Sie betreffen Verwaltung, Schule, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Sicherheit und Beteiligung.

Wer neu in Oldenburg ist, Unterstützung braucht oder Diskriminierung erlebt, muss ernst genommen werden und klare Wege finden.

Offenheit darf nicht nur auf Plakaten stehen. Sie muss am Schalter, im Formular, im Stadtteil, im Bus, in der Schule und auf dem Wohnungsmarkt funktionieren.

Was wir konkret tun:

- Wichtige Verwaltungsleistungen und Beratungsangebote verständlicher erklären: in einfacher Sprache, barriereärmer und bei Bedarf mehrsprachig.
- Beteiligungsverfahren zugänglicher machen: online und offline, verständlich erklärt und auch für Menschen, die nicht ohnehin politisch aktiv sind.
- Antidiskriminierungsarbeit sichern: Beratungsstellen, Prävention und Meldestrukturen müssen verlässlich erreichbar sein.
- Willkommens- und Integrationslotsen stärken: Menschen, die neu in Oldenburg ankommen, sollen schneller Orientierung zu Sprache, Schule, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Mobilität und Verwaltung bekommen.
- Schutzräume und sichere Wege mitdenken: Stadtplanung, Kultur, Nachtleben, ÖPNV und öffentliche Räume sollen unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigen.
- Digitale Teilhabe praktisch fördern: Wer kein Gerät, keine Routine oder keine sichere Internetverbindung hat, darf nicht von Verwaltung, Bildung und Teilhabe ausgeschlossen werden.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

- Stadtteiltreffs und Bibliotheken als Zugangspunkte stärken: Dort können digitale Hilfe, Beratung, Sprache, Kultur und Begegnung zusammenkommen.
- Beschwerden und Hinweise ernst nehmen: Wer Diskriminierung erlebt, braucht klare Anlaufstellen und transparente Bearbeitung, nicht symbolische Betroffenheit.
- Stärkung des Bekenntnisses zur Unterstützung von LGBTQ+ Rechten.
Oldenburg hat mit dem Regenbogenstreifen am Staugraben bereits ein erstes Zeichen gesetzt.
Wir wollen dieses ausbauen durch die Erstellung einer öffentlich verfügbaren LGBTQ+ Flagge mit Oldenburg Wappen und einem Bürgerideen Wettbewerb für sinnvolle Zeichen, die die offene Einstellung Oldenburgs weiter untermauert – z.B. durch Queere Ampelmännchen nach dem Beispiel Hannover.

Das bringt es den Menschen:

Menschen finden schneller Hilfe und verstehen ihre Rechte besser. Beteiligung wird breiter. Verwaltung wird zugänglicher und respektvoller. Diskriminierung wird nicht nur beklagt, sondern praktisch bearbeitet. Oldenburg wird verständlicher, sicherer und offener.

Woran man Fortschritt erkennt:

Mehr barrierearme Informationen, bessere Erreichbarkeit von Beratungsstellen, verständlichere Beteiligungsverfahren, gestärkte Lotsenangebote und klarere Wege bei Diskriminierungserfahrungen.

6.16 Bürgerbeteiligung: nicht Akzeptanzbeschaffung, sondern Mitwirkung

Bürgerbeteiligung darf nicht erst beginnen, wenn die Richtung politisch längst feststeht.

Wer Menschen nur noch fragt, wie sie eine fertige Entscheidung finden, verwechselt Beteiligung mit Akzeptanzbeschaffung. Das beschädigt Vertrauen und macht Konflikte nicht kleiner, sondern größer.

Demokratie endet nicht mit der Stimmabgabe. Gerade Kommunalpolitik muss dort zuhören, wo Menschen die Folgen direkt erleben.

Piratenpolitik heißt: Beteiligung früher, verständlicher, digital und analog, barrierearm und nachvollziehbar. Wer mitreden soll, muss auch verstehen können, worüber noch entschieden werden kann.

Was wir konkret tun:

- Bei größeren Projekten früh offenlegen, wann Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen können.
- Varianten ehrlich darstellen: Welche Optionen stehen wirklich zur Auswahl? Was kosten sie? Welche Folgen haben sie?

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

- Beteiligung online und offline ermöglichen: Nicht alle Menschen haben Zeit, digitale Routine oder Zugang zu klassischen Abendveranstaltungen.
- Verständliche Sprache als Standard setzen: Vorlagen, Beteiligungsunterlagen und Ergebnisse sollen so erklärt werden, dass nicht nur Fachleute sie verstehen.
- Beteiligungsergebnisse öffentlich dokumentieren: Was wurde gehört? Was wurde geändert? Was wurde abgelehnt? Warum? Wer entscheidet als Nächstes?
- Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit wenig Zeit, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Sprachbarrieren, Familien, Pendelnde, Gewerbetreibende, Vereine und Nachbarschaften gezielter erreichen.
- Bürgerinfo und Ratsunterlagen nutzerfreundlicher machen: Wer Entscheidungen nachvollziehen will, darf nicht in PDF-Sammlungen und Ausschusslogik verloren gehen.
- Nach Entscheidungen Rechenschaft geben: Beteiligung endet nicht mit einer Veranstaltung. Menschen haben Anspruch zu erfahren, was aus ihren Hinweisen wurde.

Das bringt es den Menschen:

Bürgerinnen und Bürger können früher Einfluss nehmen. Konflikte werden sichtbarer, bevor sie eskalieren. Entscheidungen werden nachvollziehbarer. Politik muss erklären, was sie übernimmt, was sie ablehnt und warum. Vertrauen entsteht nicht durch schöne Beteiligungsformate, sondern durch ehrliche Rückmeldung.

Woran man Fortschritt erkennt:

Frühere Beteiligung, verständlichere Unterlagen, dokumentierte Rückmeldungen, klarere Entscheidungswege, mehr Beteiligung aus Stadtteilen und nachvollziehbare Auswertung von Einwänden.

Unser Maßstab für alle Themen

Wir wollen keine Politik, die nur bessere Überschriften produziert. Wir wollen eine Stadt, die nachweisbar besser arbeitet.

Darum gilt für jedes zentrale Vorhaben:

Was ist das Ziel?

Wer ist zuständig?

Was kostet es?

Welche Folgekosten entstehen?

Welche Daten zeigen Fortschritt?

Welche Menschen sind besonders betroffen?

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Welche Risiken gibt es für Datenschutz, Barrierefreiheit, Klima, soziale Teilhabe, Sicherheit oder Haushalt?

Bis wann soll der nächste sichtbare Schritt erfolgen?

Oldenburg braucht keine weiteren Versprechen, die nach der Wahl kleiner werden.

Oldenburg braucht Politik, die offenlegt, erklärt, liefert - und sich messen lässt.

7. 100-Tage-Plan: Von 0 auf 100 – Nicht reden sondern machen!

Ein 100-Tage-Plan ersetzt kein vollständiges Wahlprogramm. Aber er zeigt, ob eine politische Kraft wirklich umsetzen will - oder nur schöne Sätze für den Wahlkampf sammelt.

Wir behaupten nicht, dass in 100 Tagen alle Probleme Oldenburgs gelöst werden. Das wäre unseriös. Aber 100 Tage reichen, um eine Stadt politisch neu auszurichten: Projekte sichtbar machen, Zuständigkeiten klären, Kosten anfordern, Beteiligung starten, Konfliktstellen benennen und erste Maßnahmen auf den Weg bringen.

Nach 100 Tagen soll niemand sagen können: Es wurde wieder nur geredet.

Unser Anspruch ist klar: Oldenburg soll früh merken, dass sich der Arbeitsstil verändert. Probleme werden nicht versteckt. Kosten werden nicht schönegeredet. Zuständigkeiten werden nicht als Ausrede genutzt. Beteiligung wird nicht erst begonnen, wenn alles praktisch entschieden ist.

Wir machen Politik für alle Menschen in Oldenburg - nicht nur für die eigene Stammwählerschaft, nicht nur für die lautesten Interessen und nicht nur für die nächste Pressemitteilung.

Unser Maßstab für die ersten 100 Tage lautet:

Was ist bekannt?

Was kostet es?

Wer ist zuständig?

Was kann sofort entschieden werden?

Was muss vorbereitet werden?

Was wurde blockiert?

Was kommt als Nächstes?

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Die ersten 100 Tage

Zeitraum	Maßnahme	Erste sichtbare Wirkung
Tag 1- 10	Transparenzstart für laufende Großprojekte	Die wichtigsten laufenden Projekte, Kostenstände, Fristen, Beschlusslagen, Risiken und Zuständigkeiten werden angefordert und für ein öffentliches Projektboard vorbereitet.
Tag 1- 30	Sozial- und Teilhabecheck	Bestehende Beratungsangebote, Oldenburg-Pass-Informationen, Pflegeberatung, Wohnraumsicherung, digitale und analoge Zugänge werden gesammelt. Ziel ist eine verständliche Übersicht nach Lebenslagen statt einer Suchreise durch Zuständigkeiten.
Tag 1- 45	Kita-, Schul- und Jugendmonitor vorbereiten	Daten zu Kita-Bedarf, Schulbau, Sanierungen, Schulwegsicherheit, Schul-IT und Jugendbeteiligung werden angefordert und für eine öffentliche Darstellung vorbereitet. Eltern, Schulen und Jugendliche brauchen Klarheit statt Gerüchteküche.
Tag 1- 45	Naturschutz-Check Oldenburg	Schutzwürdige Flächen, laufende Eingriffe, Baumfällungen, Versiegelung, Entsiegelungspotenziale und Grünverbindungen werden zusammengeführt. Heidbrook, Klostermark Blankenburg, Moorplacken und der Fliegerhorst werden als Prüfbereiche aufgenommen.
Tag 1- 60	Serviceversprechen Verwaltung	Für häufige Bürgeranliegen wird ein Pilot vorbereitet: Bearbeitungsstand, Rückrufservice, fehlende Unterlagen, analoge Hilfe und klare Fristen. Ein PDF im Netz ist noch kein moderner Service.
Tag 1- 60	Haushalts- und Aufgabencheck	Top-Kostentreiber, freiwillige Leistungen, Doppelstrukturen, Gebäude,

		Energieverbrauch, Beschaffung und Verwaltungsprozesse werden strukturiert geprüft. Kürzungen dürfen nicht dort beginnen, wo Menschen Unterstützung brauchen.
Tag 15-45	Mobilitätsrunde Alltag	Polizei, VWG, Schulen, ADFC, ADAC, IHK, Handwerk, Behindertenvertretung, Seniorenvertretung und Stadtteile werden zu zehn konkreten Konfliktstellen an einen Tisch gebracht. Ziel: machbare Lösungen statt weiterer Grundsatzstreit.
Tag 15-60	Kultur- und Vereinsraum-Check	Städtische Räume, Leerstände, Raum-auf-Zeit-Möglichkeiten und Bedarfe von Kultur, Vereinen, Jugend, Repair, Bildung und Stadtteilinitiativen werden zusammengeführt. Engagement darf nicht an Raumfragen und Formularen scheitern.
Tag 15-75	Gewerbe- und Vergabedialog	IHK, Handwerkskammer, Wirtschaftsförderung, Hochschulen, Start-ups, soziale Träger und lokale Betriebe werden zu Genehmigungen, Vergaben, Baustellenkommunikation, Open Data und Bearbeitungsständen eingebunden.
Tag 30-60	Parkpilot Oldenburg	Park-and-Ride-Kombitickets, bessere Parkinformationen, Bewohnerparken, Sonderregelungen für Pflege, Handwerk und Menschen mit besonderem Bedarf sowie rechtliche Grenzen werden geprüft und als Pilot vorbereitet.
Tag 30-60	Schatten- und Entsiegelungsliste	Hitzepunkte, Schulwege, Haltestellen, Spielplätze, Senioreneinrichtungen und stark versiegelte Flächen werden priorisiert. Daraus entsteht eine Liste für schnelle Verbesserungen.
Tag 30-75	Masterplan-Stadtgrün-Status	Die Verwaltung legt dar, welche Maßnahmen des Masterplans Stadtgrün umgesetzt, geplant, verzögert, nicht

		finanziert oder personell nicht hinterlegt sind. Aus einem Konzept muss sichtbare Vorsorge werden.
Tag 30-90	Sicherheits- und Bürgerrechtscheck	Beleuchtung, Angsträume, Mängelmelder, Streetwork, Videoüberwachung, Datenschutzfolgen, Prävention und Nachtmobilität werden zusammen betrachtet. Ziel: Sicherheit verbessern, ohne Grundrechte reflexhaft einzuschränken.
Tag 45-75	Open-Data- und Beschlussmonitor	Projektstände, Baustellen, Parken, Radzählungen, Bäume, Wartezeiten, Beschlüsse und relevante Haushaltsdaten sollen leichter auffindbar und verständlicher veröffentlicht werden. Nicht vergraben in PDF-Sammlungen, sondern nutzbar für Menschen.
Tag 45-90	Baumschutz transparent machen	Baumkataster, Fällgenehmigungen, Ersatzpflanzungen, Baumscheiben, Pflegebedarf und Bürgerberatung werden auf Verbesserungsmöglichkeiten geprüft. Ziel: Baumschutz nachvollziehbar und bürgernah umsetzen.
Tag 45-90	Bürgergärten und Schulgärten starten	Interessenabfrage bei Schulen, Kitas, Trägern und Quartieren. Flächen, Wasser, Material, Versicherung und Patenschaften werden geklärt. Naturbildung soll in Oldenburg nicht nur auf Arbeitsblättern stattfinden.
Tag 45-90	Moorboden- und Wiedervernässungsprüfung	Vorhandene Informationen zu Moorböden, Wiedervernässungspotenzialen, Eigentumsverhältnissen, Fördermöglichkeiten und Konflikten werden angefordert und öffentlich verständlich aufbereitet.
Tag 45-90	Sportstättenmonitor starten	Zustand, Belegung, Sanierungsbedarf, Barrierefreiheit, Energieverbrauch und geplante Maßnahmen bei Sporthallen,

		Plätzen, Bädern und offenen Bewegungsflächen werden für eine transparente Priorisierung vorbereitet.
Tag 45 - 90	Stadion-Kostenklarheit anfordern	Kosten, Folgekosten, Verträge, Risiken, Verkehr, Anwohnerschutz, Nutzen für den Breitensport und rechtliche Spielräume werden vollständig angefordert. Zusätzlich wird geprüft, ob und unter welchen Bedingungen ein Bürgerentscheid über Änderung, Begrenzung oder Rückabwicklung möglich wäre.
Tag 75 - 100	Regionalpakt Oldenburg	Nachbarkommunen und VBN werden zu Park-and-Ride, Radschnellverbindungen, ÖPNV, IT, Klima, Hochwasser, Energie und gemeinsamer Beschaffung an einen Tisch geholt. Viele Alltagsprobleme enden nicht an der Stadtgrenze.
Tag 100	Öffentlicher 100-Tage-Bericht	Was wurde gestartet? Was wurde beantragt? Was wurde blockiert? Was kostet es? Was ist offen? Was kommt als Nächstes? Keine Show, sondern Rechenschaft gegenüber Oldenburg.

Was nach 100 Tagen sichtbar sein muss

Nach 100 Tagen muss nicht jedes Problem gelöst sein. Aber Oldenburg muss sehen können, ob Politik arbeitet.

Es muss sichtbar sein, welche Projekte laufen, welche Kosten bekannt sind, wo Risiken liegen, welche Zuständigkeiten geklärt wurden, welche Daten fehlen, welche Gespräche stattgefunden haben und wo Entscheidungen blockiert werden.

Genau darin liegt der Unterschied zu alter Wahlkampfrououtine: Wir wollen nicht vier Jahre später erklären, warum etwas schwierig war. Wir wollen früh zeigen, was geht, was nicht geht, wer zuständig ist und was als Nächstes passiert.

Aus 100 Tagen wird Rechenschaft im Quartal

Der 100-Tage-Bericht soll kein einmaliger Auftritt sein. Aus ihm wird ein regelmäßiger Quartalsbericht.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Alle drei Monate wollen wir öffentlich machen:

- Welche Vorhaben wurden beantragt?
- Welche wurden beschlossen?
- Welche wurden verändert?
- Welche wurden abgelehnt oder blockiert?
- Welche Kosten sind bekannt?
- Welche Risiken sind neu aufgetreten?
- Welche Beteiligung hat stattgefunden?
- Welche nächsten Schritte stehen an?
- Welche Zusagen wurden eingehalten?
- Wo musste nachgesteuert werden?

So bleibt Wahlkampf kein Versprechen auf Zeit. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht vier Jahre warten müssen, um zu erfahren, ob Politik geliefert hat.

Unser Maßstab ist einfach:

Nicht alles wird sofort fertig. Aber alles Wichtige muss sichtbar werden.

8. Die ersten zwei Jahre: Fortschritt den man sieht

Die ersten zwei Jahre: Fortschritt, den man sieht

Jedes Quartal ein sichtbarer Schritt

Gute Kommunalpolitik muss im Alltag spürbar werden.

Nicht jedes Problem ist in zwei Jahren gelöst. Aber nach zwei Jahren muss sichtbar sein, ob eine politische Kraft nur angekündigt hat - oder ob sich wirklich etwas bewegt: kürzere Wartezeiten, sicherere Wege, bessere Informationen, mehr Schatten, nachvollziehbare Kosten, klarere Zuständigkeiten und eine Stadt, die weniger Zeit mit Ausreden verliert.

Oldenburg braucht nicht das nächste Leitbild, das freundlich klingt und danach in der Verwaltung verschwindet. Oldenburg hat bereits viele Konzepte, Pläne und gute Ansätze. Jetzt kommt es darauf an, sie aus Vorlagen, Ausschüssen und Präsentationen in den Alltag zu holen.

Unser Ziel für die ersten zwei Jahre ist deshalb kein neues Schaufensterprogramm. Es ist ein Umsetzungsprogramm mit sichtbaren Zwischenschritten.

Für uns gilt: Jedes Quartal muss mindestens ein Fortschritt öffentlich nachvollziehbar werden. Nicht als Pressefoto, sondern als überprüfbarer Stand: Was wurde begonnen? Was wurde beschlossen? Was wurde verbessert? Was kostet es? Was hängt? Wer ist zuständig? Was kommt als Nächstes?

1. Verwaltung: Service, der im Alltag ankommt

Wir beginnen dort, wo viele Menschen die Stadt direkt erleben: bei häufigen Bürgeranliegen.

Rückrufservice, digitaler Bearbeitungsstand, klare Fristen, analoge Sprechzeiten und verständliche Zuständigkeiten sollen Schritt für Schritt für die wichtigsten Verfahren eingeführt oder vorbereitet werden. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht länger raten müssen, wo ihr Anliegen liegt, ob Unterlagen fehlen oder wann eine Antwort kommt.

Digitalisierung darf nicht heißen, dass ein Formular jetzt online liegt und der Rest gleich kompliziert bleibt. Eine moderne Verwaltung denkt Abläufe neu: weniger doppelte Angaben, weniger Weiterleitungen, weniger Papierlogik, mehr klare Verantwortung.

Nach zwei Jahren soll sichtbar sein: Die Stadt arbeitet an häufigen Anliegen schneller, verständlicher und verbindlicher - online wie offline.

2. Transparenz: Projekte und Kosten aus dem Nebel holen

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Große Projekte müssen öffentlich verständlich werden. Kosten, Fristen, Risiken, Beschlusslage, Verantwortlichkeiten und nächste Schritte gehören nicht in schwer auffindbare Unterlagen, sondern in eine Form, die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können.

Wir starten deshalb ein Projekt- und Kostenradar für zentrale Vorhaben. Wer öffentliches Geld ausgibt, muss öffentlich erklären können, was damit passiert. Ein Spatenstich ersetzt keine Folgekostenrechnung. Ein Nachtrag ersetzt keine Planung. Und ein Prüfauftrag ersetzt keine Entscheidung.

Nach zwei Jahren soll Oldenburg bei wichtigen Projekten sehen können: Was kostet es? Was war ursprünglich geplant? Was hat sich verändert? Welche Risiken sind bekannt? Welche Entscheidung steht als Nächstes an?

3. Soziale Hilfe: Unterstützung ohne Suchreise

Soziale Hilfe darf nicht davon abhängen, ob Menschen die richtige Stelle, das richtige Formular oder den richtigen Begriff kennen.

Wir starten eine Übersicht nach Lebenslagen: Wohnen, Pflege, Schulden, Familie, Behinderung, Sprache, Sucht, psychische Gesundheit, digitale Hilfe und Teilhabe. Ziel ist ein Sozialwegweiser, der nicht nur Angebote sammelt, sondern Menschen intuitiv zur passenden Hilfe führt.

Dazu gehören verständliche Informationen zum Oldenburg-Pass, feste analoge Ansprechzeiten in Stadtteilen und die Prüfung, wie Soziallotsen bestehende Beratungsangebote entlasten und Menschen früher zur richtigen Hilfe bringen können.

Nach zwei Jahren soll soziale Unterstützung in Oldenburg leichter auffindbar, verständlicher und schneller nutzbar sein. Wer Hilfe braucht, soll nicht erst die Verwaltungslogik lernen müssen.

4. Kita, Schule und Jugend: Transparenz für Familien und echte Beteiligung

Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Stadtteile sollen nicht erst aus Einzelanfragen erfahren, wo Engpässe entstehen, welche Sanierungen warten oder welche Maßnahmen nicht finanziert sind.

Wir wollen einen Kita-, Schul- und Jugendmonitor vorbereiten und schrittweise aufbauen. Er soll sichtbar machen: Kita-Bedarf, vorhandene und geplante Plätze, Schulbau, Sanierungen, Schulwegsicherheit, Schul-IT, Jugendbeteiligung und offene Prioritäten.

Dazu gehört auch: Schulen brauchen verlässliche IT-Strukturen. Lehrkräfte sind keine Informatikerinnen und Informatiker. Digitale Bildung darf nicht davon abhängen, ob einzelne Schulen sich nebenbei selbst helfen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Nach zwei Jahren soll klarer sein, wo Oldenburg bei Kitas, Schulen, Schulwegen, Sanierungen und Jugendbeteiligung steht - nicht als Gerücht, sondern als öffentlicher Arbeitsstand.

5. Mobilität: Zehn Konfliktstellen sichtbar entschärfen

Mobilität wird in Oldenburg zu oft als Lagerkampf geführt. Rad gegen Auto, Bus gegen Parken, Innenstadt gegen Umland, Lieferverkehr gegen Aufenthaltsqualität. So verliert am Ende der Alltag.

Wir wollen in den ersten zwei Jahren mindestens zehn konkrete Verkehrs-Konfliktstellen priorisiert prüfen und sichtbar verbessern: Schulwege, gefährliche Querungen, Engstellen, Rad-Auto-Konflikte, Bushaltestellen, Lieferzonen, Busbremsen und Stellen mit häufigen Beinaheunfällen.

Dafür bringen wir Polizei, VWG, Schulen, ADFC, ADAC, IHK, Handwerk, Behindertenvertretung, Seniorenvertretung, Stadtteile und Verwaltung an einen Tisch. Nicht für die nächste Grundsatzdebatte, sondern für machbare Lösungen.

Nach zwei Jahren soll sichtbar sein: Weniger Streit um dieselben Engstellen, bessere Schulwege, klarere Verkehrsführung und mehr Sicherheit dort, wo Menschen täglich unterwegs sind.

6. Faires Parken: Alternativen schaffen, Abhängigkeiten ernst nehmen

Parken ist in Oldenburg nicht nur eine Frage von Gebühren. Es geht um Innenstadt, Handel, Gastronomie, Kultur, Pendelnde, Pflege, Handwerk, Menschen mit Behinderung, schlecht angebundene Stadtteile und das Umland.

Wir wollen einen Parkpilot Oldenburg starten: bessere Parkinformationen, Park-and-Ride-Kombitickets, rechtssichere Sonderregelungen, bessere Daten zur Auslastung und eine Steuerung, die Suchverkehr reduziert, ohne Menschen abzuhängen, die auf das Auto angewiesen sind.

Verkehrswende funktioniert nicht durch moralische Belehrung. Sie funktioniert, wenn Alternativen praktisch nutzbar sind.

Nach zwei Jahren soll Parken in Oldenburg transparenter, planbarer und fairer organisiert sein.

7. Schatten, Wasser und Stadtgrün: Vorsorge sichtbar machen

Hitze, Starkregen, Trockenheit und versiegelte Flächen sind längst Alltagsthemen. Deshalb werden Hitzepunkte kartiert und schnelle Verbesserungen priorisiert: Schulwege, Haltestellen, Spielplätze, Senioreneinrichtungen, öffentliche Plätze und stark versiegelte Bereiche.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Baumpflanzungen, mobile Verschattung, Trinkwasserstellen, Toilettenstandorte, kühle Orte und Entsiegelungspotenziale sollen dort geprüft und umgesetzt werden, wo sie besonders gebraucht werden.

Der Masterplan Stadtgrün darf kein schönes Papier bleiben. Wir wollen jährlich öffentlich darstellen, welche Maßnahmen umgesetzt wurden, welche warten, welche nicht finanziert sind und wo Personal oder politische Entscheidungen fehlen.

Nach zwei Jahren soll Oldenburg nicht nur über Klimaanpassung sprechen, sondern erste sichtbare Schatten-, Wasser- und Entsiegelungsmaßnahmen im Alltag zeigen.

8. Naturschutz und Flächen: Nicht erst prüfen, wenn alles entschieden ist

Oldenburg muss früher sichtbar machen, welche Flächen geschützt, gefährdet oder ökologisch aufwertbar sind.

Wir starten eine transparente Übersicht zu schutzwürdigen Flächen, Versiegelung, Entsiegelungspotenzialen, Baumbestand, Moorböden, Grünverbindungen und laufenden Eingriffen. Heidbrook, Klostermark Blankenburg, Moorplacken, städtische Bäume, Fliegerhorst und der Stand des Masterplans Stadtgrün werden ausdrücklich betrachtet.

Ziel ist ein öffentlich nachvollziehbarer Naturschutz-Kompass für Oldenburg: Was ist geschützt? Was ist gefährdet? Was wird verbessert? Wo fehlen Ressourcen? Welche Alternativen wurden geprüft?

Naturschutz darf nicht erst dann auftauchen, wenn Gutachten erklären sollen, warum ein Eingriff schon irgendwie ausgleichbar ist. Wer Grün schützt, muss es tun, bevor der Bagger kommt.

Nach zwei Jahren soll Oldenburg besser erkennen können, wo Natur unter Druck steht - und wo Politik rechtzeitig handeln muss.

9. Räume für Kultur, Vereine, Jugend und Stadtteile

Oldenburg lebt von Menschen, die sich engagieren: in Vereinen, Kultur, Sport, Jugendprojekten, Repaircafés, Bildung, Nachbarschaft und Stadtteilinitiativen. Viele scheitern nicht an fehlender Motivation, sondern an fehlenden Räumen, komplizierten Anträgen, unklaren Zuständigkeiten und unsicherer Förderung.

Wir starten einen Kultur- und Vereinsraum-Check. Städtische, gemeinnützige und leerstehende Räume sollen darauf geprüft werden, ob sie für Vereine, Kultur, Jugend, Bildung, Repair, Makerspaces oder Stadtteilprojekte nutzbar gemacht werden können.

Ziel ist kein neues Großprojekt, sondern schneller Zugang zu vorhandenen Möglichkeiten.

Nach zwei Jahren soll sichtbar sein, welche Räume nutzbar sind, welche Hürden bestehen und wie Stadtteile, Jugend, Kultur und Ehrenamt leichter eigene Projekte umsetzen können.

10. Sport und Breitensport: Erst Überblick, dann Prioritäten

Sportpolitik darf nicht beim Stadion beginnen und nicht beim Stadion enden. Oldenburgs Sport lebt von Vereinen, Ehrenamt, Sporthallen, Plätzen, Bädern, Schwimmbildung, Schulsport, inklusiven Angeboten und offenen Bewegungsflächen.

Wir starten einen Sportstättenmonitor. Zustand, Belegung, Sanierungsbedarf, Barrierefreiheit, Energieverbrauch und geplante Maßnahmen bei Sporthallen, Plätzen, Bädern und offenen Sportflächen sollen transparent dargestellt werden.

Gerade wenn große Projekte viel Aufmerksamkeit binden, braucht der Breitensport klare Priorität und sichtbare Fakten.

Nach zwei Jahren soll Oldenburg besser sehen können, welche Sportstätten welchen Bedarf haben - und wo Investitionen den größten Nutzen für Vereine, Schulen, Jugendliche und Stadtteile bringen.

11. Wirtschaft, Handwerk und Vergaben: Verlässlichkeit statt Sonntagsreden

Oldenburg braucht Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen, Handel, Gastronomie, IT, Hochschulen, soziale Träger, Kulturwirtschaft, Start-ups und Menschen, die ausbilden, gründen und Verantwortung übernehmen.

Viele Probleme sind praktisch: lange Genehmigungen, unklare Zuständigkeiten, Baustellenkommunikation, komplizierte Vergaben, fehlende Daten und digitale Verfahren, die nicht wirklich digital sind.

Wir starten einen Gewerbe- und Vergabeservice: mit IHK, Handwerkskammer, Wirtschaftsförderung, Hochschulen, Sozialwirtschaft, Gründerinnen und Gründern sowie lokalen Betrieben. Ziel sind verständlichere Genehmigungswege, bessere Baustellenkommunikation, offenere Daten und städtische Vergaben, die auch kleinere Anbieter fair erreichen.

Nach zwei Jahren soll klarer sein, wie Unternehmen, Handwerk, Vereine und Träger schneller durch typische Verfahren kommen - ohne von Stelle zu Stelle geschickt zu werden.

12. Innenstadt: Kleine Verbesserungen, die man merkt

Die Innenstadt braucht nicht nur große Konzepte. Sie braucht auch sichtbare Verbesserungen, die Menschen sofort merken: Sitzplätze, Wege, Beleuchtung,

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Barrierefreiheit, Wochenmärkte, Kulturflächen, Sauberkeit, Trinkwasser, Toiletten, Schatten und Orientierung.

Wir wollen einen Innenstadt-Feinschliff starten: keine Hochglanzstrategie, sondern ein Paket aus kleinen, konkreten Maßnahmen, die Aufenthalt, Sicherheit, Sauberkeit und Erreichbarkeit verbessern.

Eine Innenstadt lebt nicht nur vom Konsum. Sie lebt davon, dass Menschen sich dort gerne, sicher und selbstständig aufhalten.

Nach zwei Jahren soll Oldenburgs Innenstadt nicht nur diskutiert, sondern im Alltag angenehmer nutzbar sein.

13. Regionalpakt: Oldenburg hört nicht an der Stadtgrenze auf

Viele Probleme kann Oldenburg nicht allein lösen: Park-and-Ride, Radschnellwege, ÖPNV, Pendelverkehr, Hochwasser, Energie, IT, Beschaffung, Gewerbeflächen, Naturschutz und Klimaanpassung enden nicht an der Stadtgrenze.

Deshalb wollen wir Nachbarkommunen und den VBN verbindlicher an einen Tisch bringen. Digitalisierung ermöglicht viele Lösungen. Kooperation entscheidet, ob sie funktionieren.

Nach zwei Jahren soll Oldenburg regional verbindlicher arbeiten - nicht als Einzelkämpferin, sondern als Ankerstadt, die gemeinsame Lösungen organisiert.

Unser Leitmotiv für die ersten zwei Jahre

Jedes Quartal ein sichtbarer Schritt.

- Weniger Wartezeit.
- Sicherere Wege.
- Mehr Schatten.
- Mehr Transparenz.
- Bessere soziale Zugänge.
- Klarere Kosten.
- Mehr nutzbare Räume.
- Mehr Lebensqualität.

Oldenburg braucht keine Politik, die nach zwei Jahren erklärt, warum leider noch nichts sichtbar ist. Oldenburg braucht Politik, die früh zeigt, was sie tut - und sich daran messen lässt.

9. Oldenburg 2030 – Eine Stadt die Funktioniert

Perspektive: Oldenburg 2030 – eine Stadt, die funktioniert

Unsere Perspektive ist ein Oldenburg, das funktioniert.

Nicht lauter, nicht größer um jeden Preis, nicht moderner auf dem Papier und mühsam im Alltag. Sondern verlässlich, verständlich, sozial, naturnah, digital souverän, barrierearm und offen für alle, die hier leben, arbeiten, lernen, pflegen, gründen, einkaufen, studieren oder ankommen.

Oldenburg 2030 soll keine Stadt sein, die sich alle paar Jahre neue Leitbilder gibt und danach dieselben Routinen verwaltet. Oldenburg 2030 soll zeigen, dass Kommunalpolitik wirken kann: durch weniger Reibung im Alltag, mehr Vertrauen in Entscheidungen, klare Verantwortung, bessere Erreichbarkeit und eine Verwaltung, die Menschen nicht durch Zuständigkeiten schickt, sondern Lösungen ermöglicht.

Eine Verwaltung, die als Dienstleistung verstanden wird

2030 soll Verwaltung in Oldenburg vom Menschen her gedacht werden.

Wer ein Anliegen hat, soll wissen, wo es steht, was fehlt, wer zuständig ist und wann mit einer Antwort zu rechnen ist. Digitale Verfahren sollen einfach, sicher und nachvollziehbar sein. Analoge Wege bleiben erreichbar für alle, die persönliche Unterstützung brauchen.

Service first bedeutet für uns nicht, dass Verwaltung wie ein Unternehmen handeln muss. Eine Stadt muss keinen Gewinn machen. Gerade deshalb muss sie den größtmöglichen Nutzen für Bürgerinnen und Bürger schaffen: mit klaren Bearbeitungsständen, verständlicher Sprache, guter Erreichbarkeit, sicheren Daten, offenen Standards und weniger unnötiger Bürokratie.

Ein Formular im Internet ist noch keine digitale Stadt. Eine digitale Stadt ist eine Stadt, in der Menschen weniger Zeit mit Verwaltung verlieren.

Eine transparente Kommune, die Vertrauen nicht nur verlangt, sondern verdient

2030 soll Transparenz in Oldenburg nicht erkämpft werden müssen. Sie soll normal sein.

Haushalt, Projekte, Verträge, Beschlüsse, Kosten, Folgekosten, Risiken und Verzögerungen müssen verständlicher werden. Wer wissen will, was die Stadt macht, was es kostet und warum etwas dauert, darf kein Spezialwissen brauchen und sich nicht durch schwer auffindbare Unterlagen kämpfen müssen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Wir wollen eine Kommune, in der Politik nicht nur behauptet, Verantwortung zu übernehmen, sondern sie sichtbar macht: mit offenen Zahlen, nachvollziehbaren Entscheidungen, verständlichen Projektständen und regelmäßiger Rechenschaft.

Oldenburg braucht keine Politik, die Transparenz vor der Wahl verspricht und nach der Wahl wieder in Ausschusslogik, Prüfaufträgen und Zuständigkeiten verschwinden lässt. Oldenburg braucht Transparenz als Arbeitsweise.

Eine Stadt der kurzen Wege

2030 soll Oldenburg stärker aus dem Alltag der Menschen geplant werden.

Wohnen, Bildung, Gesundheit, Einkauf, Grün, Kultur, Sport, Arbeit und Mobilität gehören zusammen. Neue Quartiere dürfen keine Schlaforte werden, bei denen später auffällt, dass Kita, Schule, Bus, Spielplatz, Treffpunkt und Nahversorgung fehlen. Sie müssen vollständige Nachbarschaften sein.

Eine Stadt der kurzen Wege entlastet Straßen, spart Zeit, stärkt Stadtteile und schafft Lebensqualität. Wer vieles zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Bus erledigen kann, gewinnt Freiheit. Wer auf das Auto angewiesen ist, braucht trotzdem faire und verlässliche Lösungen.

Das ist der Unterschied: Wir wollen nicht Menschen gegeneinander ausspielen. Wir wollen Wege so organisieren, dass der Alltag einfacher wird.

Mobilität ohne Dauerstreit

Oldenburg 2030 soll Radstadt, Autostadt, Busstadt und Fußgängerstadt zugleich sein — ohne dass jede Entscheidung zum Kulturkampf wird.

Rad, Auto, Bus, Fußverkehr, Lieferverkehr, Pflege, Handwerk und Einsatzkräfte brauchen klare Wege und verlässliche Regeln. Getrennte und durchgängige Radverbindungen senken Konflikte. Verlässliche Busse machen Alternativen attraktiver. Gute Park-and-Ride-Angebote und bessere regionale Anbindung entlasten Innenstadt und Wohnquartiere. Sichere Fußwege, barrierearme Querungen und gute Beleuchtung machen Alltag selbstständiger.

Wir wollen weniger unnötigen Autoverkehr, aber nicht durch moralische Vorwürfe. Wir wollen Alternativen schaffen, die funktionieren. Wo Anbindung fehlt, braucht es Angebote statt Belehrung.

Eine Schwammstadt mit mehr Grün, Schatten und Wasserkompetenz

2030 soll Oldenburg besser mit Hitze, Starkregen, Trockenheit und versiegelten Flächen umgehen.

Plätze, Straßen, Schulhöfe, Haltestellen, Spielplätze und Quartiere müssen so gestaltet werden, dass sie kühlen, Wasser aufnehmen, Schatten spenden und Aufenthaltsqualität schaffen. Mehr Bäume, mehr Entsiegelung, mehr Grünverbindungen und bessere Regenwassernutzung sind keine Dekoration. Sie sind kommunale Vorsorge.

Oldenburg darf Natur nicht erst dann ernst nehmen, wenn sie einem Projekt im Weg steht. Alte Bäume, Moore, Feuchtflächen, Wallhecken, Gewässerränder und zusammenhängende Lebensräume sind Teil der Infrastruktur dieser Stadt. Was sie leisten, lässt sich nicht einfach nachträglich auf einer Ausgleichsfläche wegverwalten.

2030 soll Oldenburg nicht nur grüner wirken. Oldenburg soll ökologisch widerstandsfähiger sein.

Eine soziale Stadt, in der Hilfe ankommt

2030 soll soziale Hilfe in Oldenburg leichter erreichbar sein.

Wer Unterstützung braucht, darf nicht an Formularen, Fachsprache, Öffnungszeiten, digitalen Hürden oder unklaren Zuständigkeiten scheitern. Ob Oldenburg-Pass, Mietschulden, Pflege, Angehörigenberatung, psychische Belastung, Sucht, Wohnungslosigkeit, Schulden, Behinderung oder digitale Hilfe: Menschen müssen schneller zur richtigen Unterstützung finden.

Digitalisierung kann dabei helfen, Anträge vorzubereiten, Informationen zu ordnen und Wege zu verkürzen. Aber sie darf soziale Arbeit nicht ersetzen. Eine soziale Stadt braucht Daten, aber keine kalte Verwaltung. Sie braucht Übersicht, aber auch Ansprechpersonen. Sie braucht Effizienz, aber vor allem Würde.

Sozialpolitik ist nicht dann stark, wenn sie im Wahlprogramm warm klingt. Sie ist dann stark, wenn Hilfe rechtzeitig ankommt.

Eine Innenstadt, die mehr ist als Konsum

2030 soll Oldenburgs Innenstadt ein Ort sein, an dem Menschen gerne Zeit verbringen.

Nicht nur zum Einkaufen, sondern zum Arbeiten, Wohnen, Begegnen, Feiern, Lernen, Ausruhen, Verwalten, Kultur erleben und Alltag erledigen. Dafür braucht es Sauberkeit, Barrierefreiheit, öffentliche Toiletten, Schatten, Sitzgelegenheiten, gute Wege, sichere Räume, Kultur, Gastronomie, Handel, Märkte und Orte ohne Konsumzwang.

Eine lebendige Innenstadt entsteht nicht durch einzelne Symbolprojekte. Sie entsteht durch viele Entscheidungen, die zusammenwirken: gute Erreichbarkeit, Aufenthaltsqualität, Nutzungsmischung, bezahlbare Räume, Sicherheit ohne pauschale Überwachung und eine Stadt, die kleine Verbesserungen ernst nimmt.

Eine Stadt, die Handwerk, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Ehrenamt ermöglicht

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

2030 soll Oldenburg eine Stadt sein, in der Menschen leichter etwas aufbauen können.

Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen, Handel, Gastronomie, IT, Hochschulen, Forschung, soziale Träger, Kultur, Vereine, Initiativen und Ehrenamt brauchen keine Sonntagsreden. Sie brauchen verlässliche Verfahren, klare Zuständigkeiten, faire Vergaben, nutzbare Räume, gute Daten, verständliche Genehmigungen und eine Verwaltung, die ermöglicht statt bremst.

Oldenburg hat mit Universität, Jade Hochschule, Betrieben, Gründungen, Kulturorten, Vereinen und engagierten Stadtteilen enormes Potenzial. Bis 2030 muss daraus mehr praktische Zusammenarbeit entstehen: bei Digitalisierung, Energie, Mobilität, Pflege, Bildung, Klimaanpassung, Informationssicherheit, Open Source und sozialer Innovation.

Eine Stadt wird nicht zukunftsfähig, weil sie Zukunft oft genug sagt. Sie wird zukunftsfähig, wenn sie Menschen das Umsetzen leichter macht.

Eine regionale Ankerstadt

2030 soll Oldenburg stärker als regionale Ankerstadt handeln.

Pendeln, Parken, ÖPNV, Klima, Hochwasser, Energie, Gewerbeflächen, Bildung, Gesundheit, IT, Beschaffung und Naturschutz enden nicht an der Stadtgrenze. Oldenburg muss verbindlicher mit Ammerland, Wesermarsch, dem Landkreis Oldenburg, Delmenhorst, Bremen und dem VBN-Raum zusammenarbeiten.

Kommunales Einzelkämpfen ist oft teurer, langsamer und schlechter. Gemeinsame Lösungen können mehr leisten: bei Park-and-Ride, Radschnellverbindungen, ÖPNV, digitaler Verwaltung, Hochwasserschutz, Energieplanung, Beschaffung und regionalem Naturschutz.

Oldenburg muss nicht alles allein lösen. Aber Oldenburg muss den Anspruch haben, Lösungen anzustoßen.

Unser Bild von Oldenburg 2030

Oldenburg 2030 soll mehr sein als eine Stadt mit guten Konzepten.

Oldenburg soll eine Stadt sein, in der Verwaltung erreichbar ist, Kosten verständlich sind, Beteiligung früher beginnt, Schulwege sicherer sind, Grünflächen besser geschützt werden, Quartiere vollständiger geplant werden, soziale Hilfe schneller ankommt, Kultur und Ehrenamt Räume finden und Mobilität weniger Gegeneinander erzeugt.

Eine Stadt, in der Bürgerinnen und Bürger nicht vier Jahre warten müssen, um zu erfahren, ob Politik geliefert hat.

Gerade in Zeiten, in denen Vertrauen in Politik schwindet, muss Kommunalpolitik Nähe beweisen. Nicht durch große Worte. Nicht durch Hochglanzbilder. Nicht durch Symbolprojekte.

Sondern durch Entscheidungen, die im Alltag ankommen.

Unser Ziel ist klar: Oldenburg soll 2030 in Norddeutschland zeigen, wie eine Stadt funktionieren kann — transparent, sozial, digital souverän, ökologisch verantwortungsvoll und nah an den Menschen.

10. Unser Angebot an Oldenburg

Wir versprechen keine Wunder. Wir versprechen Arbeit, Offenheit und überprüfbare Ziele.

Wir wollen Probleme nicht verstecken, sondern sichtbar machen. Wir wollen nicht nur erklären, warum etwas schwierig ist. Wir wollen zeigen, welcher Schritt als Nächstes möglich ist.

Unsere Linie ist einfach:

- Weniger Ausreden. Mehr Verantwortung.
- Weniger Gegeneinander. Mehr gemeinsame Lösungen.
- Weniger Kostennebel. Mehr Offenlegung.
- Weniger Lagerkampf. Mehr funktionierender Alltag.
- Weniger Symbolpolitik. Mehr sichtbare Verbesserungen.
- Weniger Beteiligung, wenn alles entschieden ist. Mehr Mitwirkung, bevor es zu spät ist.

Oldenburg braucht keine Parteien, die im Wahlkampf Nähe versprechen und nach der Wahl wieder in Ausschüssen, Zuständigkeiten und Prüfaufträgen verschwinden. Oldenburg braucht Politik, die sich messen lässt.

Wer soziale Politik verspricht, muss Sozialquoten verteidigen.

Wer solide Finanzen verspricht, muss Großprojekte offenrechnen.

Wer Bürgerbeteiligung verspricht, muss Menschen früher einbeziehen.

Wer Klimaschutz verspricht, muss Bäume, Moorböden und Grünflächen schützen, bevor sie weg sind.

Wer Digitalisierung verspricht, muss Verwaltung einfacher machen — nicht nur Formulare hochladen.

Offen. Digital. Sozial. Nachhaltig. Überprüfbar.

Das ist unser Angebot: nicht lauter sein, sondern überprüfbarer. Nicht mehr versprechen, sondern klarer liefern.

Wir wollen uns nicht an Plakaten messen lassen, sondern an Ergebnissen:

- kürzere Wartezeiten,
- sichere Schulwege,
- nachvollziehbare Projektkosten,
- bessere soziale Zugänge,
- offene Daten,
- funktionierende Schul-IT,
- faire Mobilität,
- mehr Schutz für Stadtgrün,
- mehr Rechenschaft gegenüber den Menschen.

Unser Wahlkampf ist kein Verkaufsprospekt. Er ist der Maßstab für unsere Arbeit danach. Oldenburg kann mehr. Aber nur, wenn Politik zeigt, was sie tut.